



Inklusive Erwachsenenbildung
und Leichte Sprache

Herausforderungen im Zeichen der UN-Behindertenrechtskonvention



Das Bild auf der Titelseite ist ein Ausschnitt aus dem Logo der Fachtagung „Inklusive Erwachsenenbildung“ an der Humboldt-Universität zu Berlin am 13. und 14. Mai 2011.
© Logo: Julia Winkler, 2010.

Editorial

<i>Werner Schlummer: Inklusive Erwachsenenbildung und Leichte Sprache</i>	2
---	---

Schwerpunktthema: Inklusive Erwachsenenbildung in *Leichter Sprache*

<i>Nadine Rüstow: Leichte Sprache – wie geht das? Methodische Ansätze für Texte bei erwachsenenpädagogischen Angeboten für Menschen mit Lernschwierigkeiten</i>	3
<i>Martin Konrad / Liane Neubert / Janna Harms: Ausbildung zur Nueva-Expertin und zum Nueva-Experten</i>	15
<i>Anne Goldbach: Ich bin erwachsen, aber lernen möchte ich trotzdem noch!</i>	23
<i>Jördis Kühne: „Inklusive Reporter“ – Wir machen einen Film über „Teilhabe“</i>	30

Kontext Erwachsenenbildung

<i>Harald Goll: Dank für wahre Pionierarbeit. Zum Tod von Herbert Höss</i>	32
<i>Karl-Ernst Ackermann: Die GEB verabschiedet sich von Herbert Höss</i>	34
<i>Bettina Lindmeier / Heike Lubitz: Geistige Behinderung und Demenz – Verbesserung von Lebensqualität und Handlungsstrategien durch Erwachsenenbildung</i>	36
<i>Erika Hillmann: Neue Wege entstehen beim Gehen. Umweltassistenten im Einsatz – Kooperation zwischen Lebenshilfe und NABU Bremervörde</i>	42
<i>Werner Schlummer: Erwachsenenbildung: Wo geht es hin? – Bericht zum Volkshochschultag</i>	45

Internationales und Veranstaltungen

<i>Eduard Jan Ditschek / Werner Schlummer: Mit Inklusion zu neuen Ufern – Fachtagung „Inklusive Erwachsenenbildung“ an der Humboldt-Universität zu Berlin</i>	48
<i>Veranstaltungshinweise</i>	51

Materialien und Medien

<i>Buchbesprechungen</i>	53
--------------------------	----

In eigener Sache

<i>Bericht über Mitgliederversammlung 2011 der GEB</i>	55
<i>Mitgliedschaft</i>	56

Impressum

Inklusive Erwachsenenbildung und Leichte Sprache

Werner Schlummer



Vielleicht ist schon das Wort „inklusiv“ eine Barriere, die für verschiedene Menschen vom Sprachverständnis her nicht zu überwinden ist. Dennoch ist das Wort „inklusiv“ in vieler Munde. Vor allem bei den Menschen, die sich im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention für Inklusion einsetzen und dafür, dass Menschen mit Behinderung am Leben in der Gesellschaft teilhaben und keine Benachteiligung erfahren.

Für das weite Feld der Erwachsenenbildung und das Zusammenarbeiten mit Menschen mit Behinderung ist die UN-Behindertenrechtskonvention eine große Herausforderung. Diese zu bewältigen, bedarf es des unermüdlichen Suchens nach angemessenen Methoden. Vor allem bezogen auf Menschen mit geistiger Behinderung bzw. Lernschwierigkeiten versucht der Ansatz der „Leichten Sprache“ Texte und Informationen verständlich aufzubereiten und darzustellen. Bei der Berliner Tagung „Inklusive Erwachsenenbildung“ im Mai 2011 in Berlin gab es Seminare und Angebote, die diesen Ansatz umgesetzt haben.

Das vorliegende Heft greift in mehreren Beiträgen das Thema Leichte Sprache auf und versucht, Leichte Sprache zu zeigen. Eine Einführung in das Thema gibt Nadine Rüstow. Die Autoren Martin Konrad, Liane Neubert und Janna Harms stellen die Ausbildung zur Nueva-Expertin bzw. zum Nueva-Experten vor. Hier steht Verständlichkeit im Mittelpunkt. Und Anne Goldbach erläutert in einem weiteren Beitrag, wie während der Berliner Tagung Teilnehmer am Thema „Erwachsen sein“ gearbeitet haben.

Wichtige Ideen und Impulse sind aus der Berliner Tagung hervorgegangen.

Ganz besondere Impulse sind aber für die Erwachsenenbildung für und mit Menschen mit Behinderung in den zurückliegenden weit über 20 Jahren von einem Menschen ausgegangen, der im Sommer dieses Jahres verstorben ist: Professor Herbert Höss. Zwei Beiträge in diesem Heft erinnern an sein mitreißendes Engagement und an seine Bedeutung für die Gesellschaft Erwachsenenbildung und Behinderung (GEB). Mit der Zeitschrift werden wir auch künftig ihn, den Ehrenpräsidenten der GEB, als Menschen und seine Impulse in Ehren halten.

*Dr. Werner Schlummer
Schriftleiter*

Vorschau auf Heft 1/2012

Im nächsten Heft befassen wir uns mit den Möglichkeiten von Menschen mit Behinderung, sich in Einrichtungen der Behindertenhilfe im Rahmen von Mitwirkung zu engagieren. Wie wichtig dabei entsprechende Erwachsenenbildungsangebote sind, verdeutlichen einzelne Beiträge.

Die Redaktion freut sich auch auf Ihre Beiträge, die sich mit diesem Thema auseinandersetzen.

Leichte Sprache – wie geht das?

Methodische Ansätze für Texte bei erwachsenen-pädagogischen Angeboten für Menschen mit Lernschwierigkeiten

Notwendigkeit der Nutzung einer leicht verständlichen Sprache

Während für einen Großteil der Menschen der Zugang zu schriftsprachlichen Informationen zu einer selbstverständlichen Handlung gehört, ist für Menschen mit Lese- und Verständnisproblemen (z. B. kognitive Beeinträchtigungen, ältere Menschen, Analphabeten oder Menschen mit einer Hörschädigung) das Verstehen der alltäglichen Schriftsprache erschwert. Sprache kann eine Barriere sein, um einer Entscheidungs- und Handlungsautonomie entgegen zu wirken (vgl. Rüstow 2009, 71).

Menschen mit Lernschwierigkeiten sind in der Regel auf Informationsquellen angewiesen, die ihnen im unmittelbaren Umfeld zur Verfügung gestellt werden. In ihrem häuslichen Wohnumfeld beschränkt sich der Zugang zu schriftlichen Informationen oftmals auf das Lesen von Speiseplänen, Tagesstrukturplänen oder die Bekanntgabe von Veranstaltungen innerhalb der Einrichtung (vgl. Rüstow 2009, 4). Im Rahmen meiner Tätigkeit als Fachkraft in einer Wohneinrichtung für Menschen mit Lernschwierigkeiten stoße ich oft auf zu kompliziert gestaltete Informationen für diesen Personenkreis. In der Regel hinterfragen Bewohnerinnen und Bewohner die unverständlichen Materialien kaum. Dadurch entwickeln sich ein Informationsdefizit im Alltag und eine Abhängigkeit von Fachkräften (ebd.). Dass die Bewohner in meiner Einrichtung keine verständlichere Sprache

einfordern, führt diesbezüglich zu einem Verständigungsvakuum, ist aber kein Gegenargument für die Notwendigkeit von leichter Sprache.

Selbstvertretungsgruppen – z. B. „Mensch zuerst – Netzwerk People First Deutschland e. V.“ – benutzen den Begriff „schwere Sprache“ und meinen damit lange verschachtelte Sätze, die Verwendung von Fremdwörtern ohne Bedeutungsklärung oder eine unübersichtliche Gestaltung von Dokumenten (vgl. Ströbl 2006, 45). In erster Linie ging die Forderung nach einer barrierefreien Sprache in öffentlichen, rechtlichen und privaten Bereichen von Menschen mit Lernschwierigkeiten in Selbstvertretungsgruppen aus. Der Verein „Mensch zuerst – Netzwerk People First Deutschland e. V.“ setzt sich seit zehn Jahren für die Nutzung einer Leichten Sprache ein. Informationsbedürfnisse einzufordern, benötigt sehr viel Selbstvertrauen und Eigenverantwortung. Das Umfeld von Menschen mit Lernschwierigkeiten stellt oft zu geringe Erwartungen an sie, was sich negativ auf ihr Selbstwertgefühl und demzufolge auf eine geringe Motivation auswirken kann (vgl. Kupke/Schlummer 2010, 68). Um sich eigenständig in der Welt bewegen zu können, ist es wichtig, die Sprache zu verstehen.

Was durch die Initiative relativ kleiner Gruppen angeregt und gefordert wurde, wird inzwischen auf internationaler Ebene thematisiert. Im Zuge der Ratifizierung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung verpflichten sich die Vertragsstaaten, eine volle Teil-

Nadine Rüstow



habe in allen Bereichen des Lebens zu ermöglichen. Hierzu gehört das Recht auf einen barrierefreien Zugang zu schriftsprachlichen Informationen. Dies findet sich in den Artikeln der UN-Konvention – Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen wieder. In Artikel 2 heißt es dort:

„Im Sinne des Übereinkommens schließt ‚Kommunikation‘ Sprachen, Textdarstellung, [...] Großdruck, leicht zugängliche Multimedia sowie schriftliche, auditive, in einfache Sprache übersetzte, durch Vorleser zugänglich gemachte sowie ergänzende und alternative Formen, Mittel und Formate der Kommunikation, einschließlich leicht zugänglicher Informations- und Kommunikationstechnologie, ein“ (UN-BRK 2008, 5).

Zugänglichkeit meint, Informationen entsprechend der Zielgruppe einfach und verständlich zu gestalten. Dies bedeutet nicht nur, eine einfache Sprache zu verwenden, sondern die Komplexität des Inhaltes auch so verständlich zu machen, dass ein Verständnis dessen möglich ist. Die Nutzung einer „einfachen Sprache“ bedeutet nach Freyhoff et al. nicht, kindlich und banal zu schreiben. In der Regel wenden sich Texte in „leichter Sprache“ an erwachsene Menschen, für die ein alters- und Entwicklungsgemäßer Ausdruck notwendig ist (vgl. Freyhoff et al. 1998, 8).

Im Bereich der Erwachsenenbildung ist es wichtig, Angebote in Leichter Sprache für Menschen mit Lernschwierigkeiten anzubieten. Dies ist Voraussetzung für eine Teilhabe am Bildungsgeschehen. Die dadurch verbesserte Lebensqualität ist gleichsam pädagogische Leitidee der Erwachsenenbildung.

Erwachsenenbildung und Leichte Sprache

Die Erwachsenenbildung für Menschen mit Lernschwierigkeiten verfolgt u. a. das Ziel, Informations- und Bildungsbedürfnisse derer zu befriedigen, die aufgrund von Lese- und Verständnisproblemen einen erschwerten Zugang zur Schriftsprache haben. Tatsächlich kann es, wie bereits zuvor angedeutet, die Schwierigkeit geben, dass Menschen mit Lernschwierigkeiten Bildungsbedürfnisse nicht so klar signalisieren. Jedoch reagieren sie auf entsprechende Angebote interessiert (oder auch nicht), was dann so interpretiert werden kann, dass ein Angebot auf ein Bedürfnis gestoßen ist. Hinzu kommt, dass es Inhalte gibt, die vermittelt werden müssen. Ein barrierefreier sprachlicher Zugang kann dann einer ungünstigen Motivationslage entgegenwirken.

Bildungsbedürfnisse zu befriedigen bedeutet auch, sich mit der Lebenswelt jener zu befassen, die bei der selbstbestimmten Gestaltung ihres Lernumfeldes benachteiligt sind. Orientierung an den Prinzipien der allgemeinen Erwachsenenbildung bei der Gestaltung der Angebote für Menschen mit Lernschwierigkeiten erfordert eine methodisch-didaktische Kompetenz des Erwachsenenbildners. Bei der Planung des Bildungsangebotes geht es zuallererst darum, den Bildungsbedarf festzustellen und die Erreichbarkeit der Teilnehmer zu gewährleisten. Eine wesentliche methodisch-didaktische Forderung ist das Prinzip der Mitwirkung. Es meint, Teilnehmer bei der Angebotsplanung und bei der Durchführung der Angebote zu beteiligen. Meinungsbilder erstellen, Themenvorschläge machen oder Abstimmungen durchführen sind einige Möglichkeiten, um die Bedürfnisse der Teilnehmer herauszufinden.

Um Überforderungen zu vermeiden, ist eine gute Unterstützung notwendig. Hierbei wirkt sich die Sensibilität von Erwachsenenbildnern hinsichtlich ihrer Sprachgewohnheiten bei der Information und Beratung beteiligungsfördernd aus. Die Verwendung einer leicht verständlichen Sprache sollte dabei ein wichtiges Kriterium sein, Mitwirkung zu ermöglichen. Eine Anleitung, sich leicht und verständlich auszudrücken im mündlichen wie im schriftlichen Sprachgebrauch, wird im nächsten Abschnitt erläutert.

Konzept „Leichte Sprache“

„Lesen und Schreiben sind wichtige Bestandteile unserer alltäglichen Kommunikation. Wir schreiben, weil wir anderen etwas mitteilen und uns auch verständlich machen möchten. Wenn unsere Mitteilungen nicht verstanden werden, sind unsere Bemühungen vergebens. Ein komplizierter sprachlicher Stil erschwert es Menschen mit Lernbehinderung den Inhalt geschriebener Informationen zu verstehen“ (MASGFF 2008, 4).

„Mit Leichter Sprache wird eine barrierefreie Sprache bezeichnet, die sich durch einfache, klare Sätze und ein übersichtliches Schriftbild auszeichnet. Sie ist deshalb besser verständlich, besonders für Menschen mit Lernschwierigkeiten oder mit Behinderungen“ (ebd., 6).

Es handelt es sich um ein Verfahren, ein leicht lesbare Dokument zu erstellen, um den Zugang zu Informationen zu erleichtern. Beim Verfassen eines leicht verständlichen und leicht lesbaren Dokumentes sind die Interessen und Fähigkeiten der Zielgruppe im Auge zu behalten (vgl. Freyhoff et al. 1998, 8). Dies gestaltet sich im Hinblick auf die Heterogenität der Zielgruppe nicht immer einfach. Zudem verbirgt sich unter dem Begriff

„Menschen mit Lernschwierigkeiten“ eine Zielgruppe mit schwer zu erfassenden Lernniveaus (vgl. Klauß 2008, zit. n. Kupke/Schlummer 2010, 68). Deshalb ist es besonders wichtig, sich mit der Lebenswelt und den speziellen Bedürfnissen der Betroffenen auseinanderzusetzen.

Die Frage der Verständlichkeit ist kein einmaliger Akt der Vorbereitung, nach dem der Text erstellt wird. Die ständige Überprüfung der Verständlichkeit ist ein wichtiger Bestandteil des Formulierungs- und Übersetzungsprozesses in Leichte Sprache. Wenn von Übersetzung die Rede ist, dann ist die Umwandlung eines kompliziert gestalteten in ein leicht lesbaren Dokument gemeint. Der ständige Dialog zwischen Autor und Zielgruppe ist unabdingbar für den Verstehensprozess von Menschen mit Lernschwierigkeiten (vgl. Fix 2003, 10, zit. n. Kupke/Schlummer 2010, 70). Für das spätere Verständnis des Dokumentes ist entscheidend, sich vor dem Formulierungs- und Übersetzungsprozess Gedanken über Kenntnisse der Zielgruppe zu machen.

Vorerst ist zu klären, was eine Einfachheit im Zusammenhang im Kontext Sprache bedeutet. Wann ein Text leicht lesbar und wann eine leichte Sprachgestaltung angemessen ist, definieren Freyhoff et al. wie folgt: „Ein leicht lesbare Dokument kann somit als ein Text definiert werden, der nur die wichtigste Information enthält und auf die direkteste Weise präsentiert wird, so daß er die größtmögliche Zielgruppe erreicht“ (vgl. Freyhoff et. al. 1998, 8). Der Sinn eines einfachen Textinhaltes lässt sich problemlos in eine „leichte Sprache“ übersetzen als ein komplizierter Sachverhalt. Das Verstehen des zu übersetzenden Textes benötigt die Beteiligung von Vorwissen, welches ermöglicht, Schlüsse zu ziehen und Erwartungen zu bilden (vgl. Wessels 2003, 26). Man kann von einem wech-

selseitigen Verhältnis zwischen Text und Leser ausgehen, welches als eine Aktivierung von gespeicherten Gedächtnisinhalten des Lesers verstanden werden kann (vgl. Engelkamp 1984, 40).

Der Übersetzer bringt sich als Individuum mit ein und beeinflusst mit seinen Vorkenntnissen den Übersetzungsprozess. Er verleiht dem Gelesenen auf der Basis seines eigenen Vorwissens einen Sinn und passt diesen an die spezifischen Bedürfnisse der Empfängergruppe an (vgl. Wessels 2003, 61). Er übernimmt gleichzeitig als Rezipient des Ausgangstextes und Produzent des Zieltexes eine doppelte Rolle (vgl. Wessels 2003, 60). Zu Beginn des Übersetzungsprozesses ist es Aufgabe des Übersetzers, die Bedeutung des Textes zu erfassen, um dann die Schlussfolgerungen mit den Bedingungen des Nutzerkreises abzulegen.

Im Sinne von Standards und Regeln kommt es dabei vor allem auf die Berücksichtigung folgender Aspekte an:

- Lesermerkmale
- Inhalt
- Textgestaltung

Diese werden im Weiteren beschrieben.

Lesermerkmale

Vorwissen, Bildungsgrad und Sprachbeherrschung der Zielgruppe sind beim Verfassen eines leicht lesbaren Dokumentes von wichtiger Bedeutung. „Bei mehreren Adressatengruppen sollten sich die Formulierungen an der Gruppe orientieren, die die geringsten Voraussetzungen mitbringt, wenngleich der Text auch nicht zu geringe Anforderungen stellen darf, damit die Motivation zur Lektüre erhalten bleibt“ (vgl. Wessels 2003, 65). Eine noch weitestgehend unerschlossene Lebenswelt von Menschen mit Lernschwierigkeiten ist die politische Bildung. Sie bietet nach wie vor ein ungenutztes Potenzial. Hierbei sollten die kognitiven

Leistungen mit dem Bildungsgrad und Vorwissen des Lesers in Zusammenhang gebracht werden.

Inhalt

Einen komplizierten Inhalt in eine „leichte Sprache“ zu übersetzen, ist schwieriger, als über einfache Dinge zu schreiben. Ein abstrakter Inhalt sollte möglichst mit konkreten Beispielen belegt sein (vgl. Freyhoff et al. 1998, 8). Menschen mit Lernschwierigkeiten haben oft Probleme mit dem Behalten und Verstehen von Informationen. Der Inhalt sollte deshalb nicht überladen sein und nur eine Aussage in einem Satz beinhalten.

Den Inhalt eher über Bilder, Fotos und Symbole zu transportieren, spielt für Menschen, die nicht lesen können, eine wichtige Rolle. Kupke/Schlummer gehen davon aus, dass die Auswahl der Bilder für eine Leichte Sprache in der primären Aufgabe des Textverfassers liegt (Kupke/Schlummer 2010, 69).

Bei der Prüfung der Texte auf Verständlichkeit und Bilddarstellung kann es durchaus sein, dass die Auswahl der Bilder durch Menschen mit Lernschwierigkeiten bestimmt wird. Genaue Kriterien der Prüfung müssten dann noch erarbeitet werden. Wenn es um die Regeln der Leichten Sprache geht, ist in jedem Falle eine Einheitlichkeit der Bilddarstellung von Bedeutung.

Ein Text oder eine Information soll eine Beziehung zum Empfänger herstellen. Teigeler bezeichnet dies als die psychologische Sachordnung einer Mitteilung (Teigeler 1982, 68).

Bei Texten mit hoher Informationsdichte müssen inhaltliche Einschränkungen zugunsten der Lesbarkeit und Verständlichkeit in Kauf genommen werden.

Textgestaltung

In der Regel wenden sich Texte in „leichter Sprache“ an erwachsene Menschen, für die ein alters- und entwicklungsgemäßer Ausdruck notwendig ist (vgl. Freyhoff et al. 1998, 8).

Welche sprachlichen Faktoren auf der Wort-, Satz- und Textebene wichtig sind, ist im Folgenden kurz erläutert.

Wortebene

Die Verwendung von Wörtern, die der Zielgruppe bekannt sind, verkürzt die visuelle Aufnahmezeit und verbessert die Verständlichkeit (vgl. Bamberger et al. 1984, 38).

„Wörter des Lebensraumes sind alle Wörter, die die Menschen beim Handeln in ihrem Lebensraum zu verwenden pflegen.“ (Teigeler 1982, 109).

Der Worthäufigkeit wird ebenfalls ein Einfluss auf die Verständlichkeit zugesprochen. Wörter, denen man öfter begegnet, sind schneller lesbar. Meistens sind es kurze Wörter, die die Aufnahme erleichtern (vgl. Bamberger et al. 1984, 39).

Das „Wörterbuch für Leichte Sprache“ empfiehlt für eine bessere Lesbarkeit, lange Wörter mit einem Bindestrich zu trennen (vgl. Mensch zuerst 2008, 223).

Satzebene

Einfache und überschaubare Satzverbindungen sind im unmittelbaren Gedächtnis leichter zu behalten. Bei verschachtelten Sätzen liegen das Subjekt und Prädikat zu weit auseinander und erschweren somit die Lesbarkeit des Textes (vgl. Wessels 2003, 69). Die Verwendung von Hauptsätzen und das Vermeiden von Nebensätzen unterstützen das Anliegen, das Satzgefüge zu verkürzen und zu vereinfachen (vgl. Teigeler 1982, 114). Aktive Sätze erleichtern das Verstehen.

Die Verwendung von Möglichkeitsformen kann für Menschen mit Lese- und

Verständnisproblemen verwirrend sein. „Das neue Wörterbuch für Leichte Sprache“ zeigt hier ein anschauliches Beispiel: „Morgen regnet es vielleicht“ ist leichter zu verstehen als „Morgen könnte es regnen“ (vgl. Mensch zuerst 2008, 225).

Wiederholen und Anhäufen von Informationen (Redundanzen) erleichtern das Verstehen, insbesondere bei einem eingeschränkten Kurzzeitgedächtnis (vgl. Wessels 2003, 70). Wenn zu viele Fakten wiederholt werden, kann die Lesemotivation des Lesers allerdings auch verringert werden.

Textebene

Eine übersichtliche Textgliederung und ein logischer Textaufbau geben dem Leser eine Orientierung und Motivation zum Weiterlesen. Eine sinnvolle Reihenfolge von Informationen fördert die Verständlichkeit von Texten. Der Leser sollte persönlich angesprochen werden, um dadurch einen stärkeren Leserbezug herzustellen.

Die Semantik bildet eine unmittelbare Beziehung der Wörter zu Zuständen und Vorgängen der Welt (vgl. Bamberger et al. 1984, 43).

Freyhoff et al. (1998) haben Richtlinien für die leichte Lesbarkeit anhand einer Schritt-für-Schritt-Methode zur Erstellung eines leicht verständlichen Dokuments entwickelt, die sich vor allem für unerfahrene Autoren eignet.

Vorab muss klar sein, ob ein schwerer Text durch eine leicht verständliche Ausdrucksweise zugänglich gemacht oder ein vollkommen neuer Text verfasst werden soll (vgl. Freyhoff et al. 1998, 11). Die folgenden sechs Schritte sind an die Richtlinien für leichte Lesbarkeit der europäischen Vereinigung der International League of Societies for Persons with Mental Handicap angelehnt und sind hier nur kurz zusammengefasst.

Schritt 1

Eine wichtige Grundlage des ersten Schrittes ist das Ziel der Veröffentlichung. Dabei geht es um die Frage, für wen etwas verständlich gemacht werden soll und warum es wichtig ist. Menschen mit leichteren kognitiven Beeinträchtigungen sind eher in der Lage, komplexe Sachverhalte zu verstehen.

Schritt 2

Wenn das Ziel der Veröffentlichung geklärt ist, können dem Text Kernaussagen entnommen werden. Diese Kernaussagen sollen das Dokument in eine logische Reihenfolge bringen. Die Strukturierung und Begrenzung des Inhaltes ist der wichtigste Schritt, um den ‚roten Faden‘ zu behalten.

Schritt 3

In diesem Schritt geht es um das Verfassen eines leicht lesbaren Dokumentes auf der Basis der Kernaussagen. Hier ist es wichtig, die sprachlichen Voraussetzungen der Zielgruppe mit einzubeziehen. Wie schon erwähnt, bezieht sich der Wortschatz von Menschen mit Lernschwierigkeiten eher auf funktionale Begriffe, die ihr unmittelbares Umfeld betreffen.

Schritt 4

Um das Erreichen des Ziels der Publikation zu gewährleisten, ist eine Überprüfung des Dokumentes durch die Zielgruppe notwendig. Hierzu bietet es sich an, mit den Betroffenen das Thema zu diskutieren. Dies sehen Freyhoff et al. als die einzige Möglichkeit, das Dokument den Bedürfnissen und Fähigkeiten des Lesers anzupassen (1998, S. 15).

Schritt 5

Die Vorschläge der Lesergruppe sollten in den Text eingearbeitet werden. Wenn es Verständnisprobleme bei der Zielgruppe

gibt, ist es hilfreich, hier die Fragen und Ideen einzubringen. Durch die Verwendung von Illustrationen haben Menschen mit geringer Lesekompetenz es leichter, die Informationen zu verstehen. Die enge Beziehung zwischen Bild und Text muss von der äußeren Gliederung des Textes unterstützt werden.

Schritt 6

Der überarbeitete Text sollte zum Schluss ein weiteres Mal von der Lesergruppe überprüft werden. Um die Lesbarkeit und Verständlichkeit besser überprüfen zu können, empfiehlt sich ein lautes Vorlesen des Textes von der jeweiligen Nutzergruppe. Fragen Sie den Leser, ob die Illustrationen zum Text passen und verständlich sind. Wenn weiterhin Verständnisprobleme bestehen, dann muss der Vorgang so oft wiederholt werden, bis der Text an die Bedürfnisse der Lesergruppe angepasst ist (vgl. Freyhoff et al. 1998, 15).

Zusammenfassung

Das Konzept „Leichte Sprache“ kann als ein zielgruppenspezifisches Angebot in bestimmten Bereichen deklariert werden (vgl. Rüstow 2009, 111). Jedoch ermöglicht eine Verständlichkeitsoptimierung in Bereichen wie zum Beispiel vertragliche Regelungen, Gebrauchsanweisungen, Fahrpläne usw. tendenziell vielen Menschen eine barrierefreie Teilhabe am gesellschaftlichen Leben (ebd., 112).

Bevölkerungsgruppen wie zum Beispiel Migranten, Menschen mit Hörproblemen, alte Menschen oder Analphabeten sind von Ausgrenzung betroffen, wenn es um komplizierte Schriftstücke und Sachverhalte geht. Es stellt sich die Frage, ob sich ein „Design für alle“ auch sprachlich umsetzen lässt oder ob es in erster Linie

wichtig ist, sich nur für leseschwache Zielgruppen leicht und verständlich auszudrücken. Leichte Sprache kann allerdings als ein integrierendes Instrument zwischen Menschen mit und ohne Behinderung gesehen werden (ebd., 113).

„So wird gerade in dem Bereich der Erwachsenenbildung die Möglichkeit zu einer nachhaltigen Integration gesehen, da hier auf professioneller Ebene unterschiedliche Menschen zu einem gemeinsamen Thema zusammenfinden (vgl. SCHÖLER 2000, 9)“ (Kupke/Schlummer 2010, 68).

Um Bildungsbedürfnisse von Menschen mit Lernschwierigkeiten zu erfüllen, ist es wichtig, weiterhin Angebote zu machen, um ein Echo zu bekommen bzw. ein Interesse zu wecken. Denn ein Echo, egal in welcher Form, kann auch ein Bedürfnis sein.

In jedem Fall werden eine Auseinandersetzung mit verschiedenen Themen angestoßen oder bereichert, Horizonte erweitert, weil sich die Menschen auch trotz eingeschränkter Kulturtechniken mit politischen, literarischen und anderen Themen befassen können. Der beschriebene ständige Überprüfungsprozess der Textverständlichkeit mit den Menschen bindet sie nicht nur ein, sondern fördert außerdem noch sprachliche Kompetenzen.

Leichte Sprache zielt also auch auf eine Weiterentwicklung der Persönlichkeit ab (vgl. Kupke/Schlummer 2010, 71). „Erst das Wissen um die eigenen Fähigkeiten und die Sicherheit der Nähe zu anderen Menschen erlauben eine autonome Lebenserfüllung und die Gestaltung der eigenen Vorstellungen von einem erfüllten und sinnvollen Leben“ (Schöler 2000, 9, zit. n. Kupke/Schlummer 2010, 71). Die Verbindungslien zwischen der Teilhabe von Menschen mit Lernschwierigkeiten in der Gesellschaft und

dem Ausbau von Bildungsangeboten ist gleichzeitig ein Wegweiser in Richtung inklusive Erwachsenenbildung (ebd.).

Beispiel für eine Übersetzung in Leichte Sprache

Um den Formulierungs- und Übersetzungsprozess deutlich zu machen, möchte ich ein Beispiel heranziehen. Die Übersetzung ist an die Regeln des neuen Wörterbuches für Leichte Sprache angelehnt. Es soll im Folgenden um die Übersetzung einer Infobroschüre von der Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation gehen. Der gesamte Gesundheitsbereich ist für Menschen mit Lernschwierigkeiten ein zentrales Thema und durch sprachliche Barrieren immer noch schwer zugänglich. Das Wissen um die eigene Gesundheit wirkt sich positiv auf die Lebensqualität aus und kann Leben retten. Deshalb es notwendig, wichtige Informationen leicht zugänglich zu machen.

Ausgangsdokument:

Info-Broschüre der Bundesarbeitsgemeinschaft Rehabilitation (BAR 2009)

<p>Ansprechpartner</p> <p>→ Bundesweit</p> <p>Gemeinsame Servicestellen gibt es in den meisten Landkreisen und kreisfreien Städten.</p> <p>In den Gemeinsamen Servicestellen arbeiten zusammen:</p> <ul style="list-style-type: none">→ Krankenkassen→ Rentenversicherung→ Unfallversicherung→ Landwirtschaftliche Sozialversicherung→ Bundesagentur für Arbeit→ Integrationsämter→ Jugend- und Sozialhilfe→ Träger des sozialen Entschädigungsrechts→ Landkreise→ Städte und Gemeinden <p>Weitere Informationen und Adressen finden Sie im Internet unter: www.reha-servicestellen.de</p> <p>→ Regional Bitte informieren Sie sich über die Adressen im beiliegenden Einlegeblatt.</p> <p>Impressum Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation (BAR) Walter-Koch-Straße 9-11 60594 Frankfurt am Main Telefon: 069 605018-0, Telefax: 069 605018-29 E-Mail: info@bar-frankfurt.de www.bar-frankfurt.de Layout: Deutsche Rentenversicherung Bund</p>	<p>Rehabilitation und Teilhabe</p>  <p>Beratung aus einer Hand</p> <p> Gemeinsame Servicestelle für Rehabilitation</p>
---	--



Die Gemeinsamen Servicestellen
beraten und unterstützen kostenlos

Bei uns sind Sie bei allen Fragen rund um die
Themen Rehabilitation und Teilhabe richtig.

- behinderte Menschen,
 - Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen,
 - deren Vertrauenspersonen und Angehörige
 - Arbeitgeber
 - sowie
 - Hausärzte
- bei allen Fragen rund um das Thema
Rehabilitation und Teilhabe.

Egal, ob medizinische, berufliche oder
soziale Rehabilitation und Teilhabe –
das können Sie von uns erwarten:

- umfassende Beratung zu allen
Leistungsarten und Leistungsformen
- Eröffnung von Chancen für
Eingliederung, Verbleib und Rückkehr
ins Berufsleben und für die Teilhabe
am Leben in der Gemeinschaft
- Unterstützung bei der
Beantragung von Leistungen
- Kontaktaufnahme mit dem
zuständigen Leistungsträger
- auf Wunsch Betreuung im
laufenden Antragsverfahren
- Unterstützung beim
Persönlichen Budget
- Beratung zum Betrieblichen
Eingliederungsmanagement



Übertragung des Ausgangsdokumentes in Leichte Sprache

Unterstützung und Teilhabe



Hier bekommen Sie Infos und Tipps.

Wen können Sie fragen?

Was können Sie fragen?

Zum Beispiel zum Thema:

- Behinderung oder
- Teilhabe
Teilhabe heißt:
Leben, arbeiten und wohnen
wie man will.
Behinderte Menschen müssen überall
mitmachen können.



In ganz Deutschland gibt es Büros.

Da sitzen Menschen, die Ihnen helfen können.

Da bekommen Sie Informationen und Tipps.



Diese Einrichtungen arbeiten in Deutschland zusammen.

Damit man Ihnen gut helfen kann.

- Die Kranken-Kassen
Sie kümmern sich um kranke Menschen
- Die Renten-Versicherung
Sie gibt alten Menschen Geld
- Die Unfall-Versicherung
Sie gibt Menschen Geld,
die einen Unfall hatten.
- Die Land-wirtschaftliche-Sozial-Versicherung
Sie kümmert sich um Menschen,
die auf dem Land arbeiten.
Zum Beispiel auf einem Bauernhof
- Die Bundes-Agentur für Arbeit
Sie sucht Arbeits-Plätze.
Für Menschen die keine Arbeit haben.



- Die Integrations-Ämter
Sie unterstützen Menschen mit
Behinderung bei der Arbeit



- Die Jugend-Hilfe und Sozial-Hilfe
Sie unterstützen Eltern und Kinder
bei Problemen.



- Die Einrichtungen des sozialen Entschädigungs-Recht
Das sind Einrichtungen,
von denen manche Menschen
Geld bekommen.

Zum Beispiel:
Herr Meier wurde im Krieg verletzt.
Jetzt bekommt er Geld von einer
Einrichtung
des sozialen-Entschädigungs-Rechts.

- Die Land-Kreise
- Städte und Dörfer

Dazu können Wir Ihnen etwas sagen:

Wenn Sie Unterstützung brauchen,
zum Beispiel:

- Bei der Arbeit
- Bei Arzt-Besuchen
- Oder bei Anträgen



Dann fragen Sie uns!

Wir helfen Ihnen gerne.

Und unterstützen Sie bei diesen Fragen:

- Welche Hilfen brauchen Sie?
Zum Beispiel:
Hör-Hilfen
Hilfen beim wohnen.
Hilfen bei der Arbeit.
- Wie finden Sie Arbeit?
- Wie schreiben Sie einen Brief
an ein Amt.



• Das machen wir noch für Sie:

- Wir reden mit den Ältern
- Und mit Ihnen
- Wir beraten Sie zum persönlichen Geld.
Dieses Geld bekommen
behinderte Menschen.
Damit können sie
ihre Assistenz bezahlen.
- Sie waren lange krank.
Wir helfen Ihnen dabei,
wieder zu arbeiten.



Diese Infos und Tipps kosten kein Geld.

Wir unterstützen Sie gerne.

Wer kann die Infos bekommen?

- Menschen mit Behinderung
- Kranke Menschen
- Familien und Freunde
von Menschen mit Behinderung
und kranken Menschen.
- Arbeit-Geber
- Der Haus-Arzt
Die Haus-Ärztin



Möchten Sie mehr wissen über Unterstützung und Teilhabe im Alltag?

Dann klicken Sie hier:

www.reha-servicestellen.de

Die Infos und Tipps sind in schwerer Sprache.

Oder rufen Sie uns an:

069 / 605018-0



Oder schicken Sie uns ein Fax:

069 / 605018-29



Oder schicken Sie uns eine Mail:

info@bar-frankfurt.de



Das ist ein Info-Faltblatt der BAR

Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation

Walter-Kolbe-Straße 9-11

60594 Frankfurt am Main

www.bar-frankfurt.de

Leichte Sprache: Mensch zuerst – Netzwerk

People First Deutschland e.V.

Bilder: Reinhild Kassing, © Mensch zuerst –

Netzwerk People First Deutschland e.V.

Bilder: ClipArts

Die Übertragung des Ausgangsdokumentes in Leichte Sprache wurde von Mensch zuerst – Netzwerk People First e. V. vorgenommen.

Literatur

- BAMBERGER, R. / VANECEK, E. (Hrsg.) (1984): Lesen-Verstehen-Lernen-Schreiben. Die Schwierigkeitsstufen von Texten in deutscher Sprache. Wien.
- BAR – Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation (2009a): Rehabilitation und Teilhabe. Beratung aus einer Hand. Frankfurt am Main. Ausgangsdokument. http://www.bar-frankfurt.de/upload/BARBroRVGS_%283%29_1572.pdf [30.06.2011]
- BAR – Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation (2009b): Unterstützung und Teilhabe. Hier bekommen Sie Infos und Tipps. Frankfurt am Main. Dokument in Leichter Sprache. http://www.bar-frankfurt.de/upload/BARBroRVGS_%283%29_1572.pdf [30.06.2011]
- ENGELKAMP, J. (1984): Sprachverstehen als Informationsverarbeitung. In: ENGELKAMP, E. / ALBERT, D. / PAWLIK, K. / STAPF, K.-H. / STROEBE, W. (Hrsg.): Psychologische Aspekte des Verstehens. Lehr- und Forschungstexte der Psychologie. Heidelberg, 31-55
- FREYHOFF, G. / HEß, G. / KERR, L. / MENZEL, E. / TRONBACKE, B. / VAN DER VEKEN, K. (1998): Europäischen Vereinigung der ILSMH. Sag es einfach – Europäische Richtlinien für leichte Lesbarkeit. Europäische Vereinigung der ILSMH. Brüssel. <http://www.inclusion-europe.org/documents/101.pdf> [19.06.2011]
- KUPKE, C. / SCHLUMMER, W. (2010): Kommunikationsbarrieren und ihre Überwindung. Leichte Sprache und Verständlichkeit in Texten für Menschen mit Lernschwierigkeiten. In: Teilhabe 2/2010, Jg. 49, 67-73
- UN-BRK – UN-Behindertenrechtskonvention (2008): Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. http://files.institut-fuer-menschenrechte.de/437/UN_BK_Konvention_Internet-Version_FINAL1.pdf [08.02.2009]
- Mensch zuerst – Netzwerk People First Deutschland e.V. (Hrsg.) (2008): Das neue Wörterbuch für Leichte Sprache. 1. Auflage. Kassel
- MASGFF – Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz (2008) (Hrsg.): Leichte Sprache - Leitfaden für die Erstellung von Briefen und Veröffentlichungen im Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen. Referat Reden und Öffentlichkeitsarbeit. Mainz. <http://lb.rlp.de/barrierefreiheit/leichte-sprache/> [17.09.2011]
- RÜSTOW, N. (2009) Partizipation von Menschen mit Lernschwierigkeiten unter dem Aspekt der Einführung der Leichten Sprache. Diplomarbeit. Diplomstudiengang Rehabilitationspädagogik. Humboldt Universität zu Berlin. Online unter: www.grin.com/de/e-book/152449 [26.08.2011]
- STRÖBL, J. (2006): Behinderung und gesellschaftliche Teilhabe aus Sicht von Menschen mit sogenannter geistiger Behinderung. In: HERMES, G.; ROHRMANN, E. (Hrsg.), „Nicht über uns – ohne uns! Disability Studies als neuer Ansatz emanzipatorischer und interdisziplinärer Forschung über Behinderung. Neu-Ulm, 42-50
- TEIGELER, P. (1982): Verständlich sprechen, schreiben, informieren. Bad Honnef.
- WESSELS, C. (2003): Jeder kann lesen!?! Ein Diskussionsbeitrag zum Konzept der leichten Lesbarkeit. Unveröffentl. Diplomarbeit. Diplomstudiengang Erziehungswissenschaft, Studienrichtung Behindertenpädagogik. Universität Bremen.

*Dipl. Reha.päd. Nadine Rüstow
Müggelstraße 29
10247 Berlin
nadine.ruestow@gmx.de*

Ausbildung zur Nueva-Expertin und zum Nueva-Experten

Die Lebenshilfe Berlin hat im Januar 2011 für Menschen mit Lernschwierigkeiten eine Ausbildung begonnen.

Die Teilnehmer werden zu Nueva-Expertinnen und -Experten ausgebildet.

Bei der Berliner Tagung „Inklusive Erwachsenenbildung“ wurde die Ausbildung vorgestellt.

Was die Nueva-Ausbildung ist und was Nueva-Experten tun, beschreibt der folgende Text.

Er ist von Martin Konrad und Liane Neubert geschrieben.

Martin Konrad arbeitet als Bereichsleiter bei Nueva in Graz.

Das ist eine Stadt in Österreich.

Liane Neubert und Janna Harms arbeiten als Projektleiterinnen in der Nueva-Ausbildung in Berlin.

Martin Konrad



Liane Neubert



Janna Harms



Nueva

Bei Nueva werden Angebote für Menschen mit Behinderungen überprüft.

So eine Überprüfung heißt Evaluation.

Bei einer Evaluation überprüft man, ob jemand ein bestimmtes Ziel erreicht hat.

Das Besondere an Nueva ist, dass Menschen mit Lernschwierigkeiten und Behinderungen diese Evaluation machen.

Dafür machen sie Interviews mit den Menschen mit Behinderungen, die diese Angebote benutzen.

Außerdem schauen sie sich die Angebote genau an.

Sie überprüfen:

- Wohn-Angebote
- Arbeits-Angebote und
- Beschäftigungs-Angebote.

Der Vorteil ist, dass man direkt von den Nutzerinnen und Nutzern erfahren kann, wie gut diese Angebote sind.

Wer sind Nutzerinnen und Nutzer?

Nutzerinnen und Nutzer sind Menschen,
die etwas Bestimmtes verwenden.
Zum Beispiel sind Menschen,
die in einer betreuten Wohnung wohnen,
die Nutzerinnen und Nutzer dieses Wohnangebots.
Oder es sind Menschen,
die in einer Werkstatt arbeiten oder beschäftigt sind.
Sie sind die Nutzerinnen und Nutzer des Werkstattangebotes.

Was ist eine Evaluation?

Eine Evaluation ist eine Überprüfung.
Bei einer Evaluation überprüft man,
ob jemand sein Ziel erreicht hat.
Man kann auch sagen, dass man bei so einer Überprüfung kontrolliert,
wie viel man von einem Vorhaben erreicht hat.
Für eine Evaluation ist es wichtig, dass man weiß, was das Ziel ist.
Zum Beispiel:
Ein Wohnhaus hat das Ziel,
dass die Betreuerinnen und Betreuer anklopfen,
bevor sie in das Zimmer
einer Bewohnerin oder eines Bewohners hineingehen.
Wenn wir evaluieren wollen,
ob das Wohnhaus sein Ziel erreicht hat,
müssen wir überprüfen,
ob die Betreuerinnen und Betreuer wirklich anklopfen.
Wir können das zum Beispiel überprüfen,
wenn wir die Bewohnerinnen und Bewohner fragen:
„Klopfen die Betreuerinnen und Betreuer an,
bevor sie zu Ihnen in das Zimmer kommen?“
Oder in einer Werkstatt,
wo man mitbestimmen soll,
welche Arbeit man tut.
Wenn wir das evaluieren wollen,
befragen wir Nutzerinnen und Nutzer der Werkstatt,
ob das dort möglich ist.

Was ist Nueva?

Nueva ist eine Abkürzung und bedeutet:

Nutzerinnen und Nutzer evaluieren.

Sie machen eine Evaluation.

Nueva ist der Name für ein Evaluations-Modell.

Wie arbeitet Nueva?

Bei Nueva arbeiten Menschen mit Lernschwierigkeiten bei der Evaluation von Dienstleistungen als Expertinnen und Experten.

Sie haben bei dieser Arbeit verschiedene Aufgaben:

- Zuerst befragen sie Nutzerinnen und Nutzer von Dienstleistungen.

Diese Nutzerinnen und Nutzer sind auch Menschen mit Lernschwierigkeiten.

Sie befragen also gleichgestellte Menschen.

Gleichgestellte Menschen nennt man auch „Peers“.

Das ist ein englisches Wort.

Man spricht es so aus: „Peers“.

- Danach schauen sie sich die Ergebnisse dieser Befragung genau an und schreiben diese Ergebnisse auf.

Daraus sieht man, wie das Leben für die Nutzerinnen und Nutzer dort, wo sie wohnen oder arbeiten, ist.

- Am Schluss schreiben sie einen Bericht.

Die Ergebnisse

Durch diese Evaluationen weiß man, wie die Nutzerinnen und Nutzer die Dienstleistungen selbst sehen und ob sie zufrieden damit sind.

Denn die Nutzerinnen und Nutzer von Dienstleistungen können diese selbst am besten beurteilen.

Wenn man sich für eine Dienstleistung interessiert, kann man durch die Ergebnisse der Evaluationen gut sehen, ob sie für einen selber passt oder nicht.

Die Ergebnisse kann man auch im Nueva-Onlinekatalog sehen:

www.nueva-online.info

Warum sollen Nutzerinnen und Nutzer Dienstleistungen evaluieren?

Meistens evaluieren andere Personen,
wie gut diese Dienstleistungen sind.

Aber niemand kann den Nutzen
von sozialen Dienstleistungen besser beurteilen
als die Nutzerinnen und Nutzer selbst.

Es gibt auch bereits Beispiele und Erfahrungen,
dass Menschen mit Behinderungen und Lernschwierigkeiten
eine Evaluation durchaus gut und genau durchführen können.

Es gibt eine Regel für die europäischen Länder,
dass Menschen mit Behinderungen mitarbeiten sollen,
wenn soziale Dienstleistungen entwickelt werden
oder evaluiert werden.

Diese Regel müssen die Länder einhalten.
Der Sinn ist es, dass Nutzerinnen und Nutzer
keine Nachteile haben oder schlechter leben müssen
als andere Menschen.

Es muss also in Zukunft
in allen EU-Ländern Möglichkeiten geben,
dass Nutzerinnen und Nutzer
bei der Entwicklung und bei der Evaluation
von Dienstleistungen mitarbeiten können.

Dazu müssen die Nutzerinnen und Nutzer
mehr Verantwortung bekommen
und gleichberechtigt leben können.
Wie das geht, wissen die Expertinnen und Experten
von Nueva und dem UNIQ-Projekt.

Was ist für die **Evaluation** durch Menschen mit Lernschwierigkeiten wichtig?

Es ist sehr wichtig, welche Menschen mit Lernschwierigkeiten bei der Evaluation mitarbeiten.

Folgende Punkte muss man beachten:

1. Evaluatorinnen und Evaluatoren mit Lernschwierigkeiten müssen gerne mit anderen Menschen sprechen **wollen**.
2. Evaluatorinnen und Evaluatoren mit Lernschwierigkeiten müssen gerne im Team arbeiten.

In einem Team können verschiedene Personen die verschiedenen Aufgaben erledigen.

Beim Training von Evaluatorinnen und Evaluatoren mit Lernschwierigkeiten soll Folgendes vorkommen:

- Man muss mit anderen Menschen gut umgehen können.
Das ist unbedingt notwendig, wenn man als Evaluatorin oder Evaluator arbeiten will.
- Es sollte möglich sein,
dass man ein Training mit Nueva aus Österreich bekommt.
Dort haben die Evaluatorinnen und Evaluatoren schon große Erfahrung.
- Eine gute Möglichkeit ist es,
mit Videos zu lernen.
Dadurch können auch Peers aus verschiedenen Ländern ihre Erfahrungen austauschen.
Das geht auch, wenn sie verschiedene Sprachen sprechen.

Bei Nueva gibt es einen Fragebogen,
den die Evaluatorinnen und Evaluatoren gemeinsam mit den Nutzerinnen und Nutzern ausfüllen.

Wenn man die Evaluation in einem anderen Land macht,
kann man den Fragebogen so ändern,
dass er für dieses Land passt.

Allerdings muss man bei den Änderungen aufpassen,
dass die Fragebögen noch die gleiche Qualität haben wie die Fragebögen von Nueva.

Evaluatorinnen und Evaluatoren mit Lernschwierigkeiten zeigen, wie sie für dieses Evaluations-Modell arbeiten.

Das ist wichtig, damit man für dieses Evaluations-Modell Werbung machen kann.

Die Gründe dafür sind:

- Man muss sehen,
dass die Vorteile dieser Evaluationen
auch für andere Gruppen von Menschen wichtig sind.

Zum Beispiel für

Menschen mit anderen Behinderungen
oder auch für ältere Menschen.

Es gibt immer mehr ältere Menschen,

deshalb ist diese Gruppe besonders wichtig.

Es ist also sehr wichtig,
mit Organisationen zusammen zu arbeiten,

die auch für andere Gruppen von Menschen arbeiten.

Zum Beispiel für ältere Menschen.

- Es ist wichtig,
dass viele Organisationen in ganz Europa
zusammen weiter arbeiten.

„Ja, wir haben die Wahl!“

In der UNO-Konvention

über die Rechte von Menschen mit Behinderungen

steht im Artikel 19:

„Menschen mit Behinderungen haben
gleich wie alle anderen Menschen
das Recht, dass sie sich aussuchen können,
wie sie in der Gesellschaft leben wollen.

Zum Beispiel dürfen sie sich aussuchen,
wo sie leben und mit wem sie leben.

Menschen mit Behinderungen dürfen nicht
gezwungen werden, in bestimmten Wohnungen
oder Einrichtungen zu wohnen.

Menschen mit Behinderungen müssen
Zugang zu Unterstützungen und Hilfe haben.
Dazu gehört auch eine persönliche Assistenz,
die dabei hilft, dass man am allgemeinen Leben
teilnehmen kann und nicht ganz alleine ist.

Die Dienstleistungen und Einrichtungen,
die es in einer Gemeinde gibt
und die für alle Menschen da sind,
müssen auch für Menschen mit Behinderungen da sein.“

Nutzerinnen und Nutzer müssen ihre Dienstleistungen
gut begründet und selbstbestimmt auswählen können.
Dazu müssen sie die Möglichkeit haben,
mit anderen Menschen in ähnlichen Lebenssituationen zu sprechen.

Nueva in Berlin

In Berlin werden 15 Nueva-Evaluatorinnen und -Evaluatoren
ausgebildet.

Die Ausbildung dauert zwei Jahre.

In dieser Zeit lernen sie alles,
was Nueva-Evaluatorinnen und -Evaluatoren können müssen.

Vormittags erklären ihnen Trainerinnen und Trainer,
wie Evaluatorinnen und Evaluatoren arbeiten.

Nachmittags üben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer
mit ihren Assistentinnen und Assistenten.

Nueva Kolleginnen und Kollegen aus Österreich
kommen regelmäßig nach Berlin.

Sie üben mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern.

Sie erklären ihnen, warum genau diese Fragen gestellt werden.
Und sie üben mit ihnen, wie man Interviews richtig führt.

Mag. Martin Konrad
Nueva Bereichsleitung
Nueva Betriebsgesellschaft mbH
Heinrichstraße 145, A-8010 Graz
martin.konrad@atempo.at

Liane Neubert
Projektleitung
Nueva-Ausbildungsprojekt
Lebenshilfe Bildung gGmbH
liane.neubert@lebenshilfe-bildung.de

Janna Harms
Projektleitung
Nueva-Ausbildungsprojekt
Lebenshilfe Bildung gGmbH
janna.harms@lebenshilfe-bildung.de

Mehr Informationen finden Sie hier:

www.nueva-network.eu
www.nueva-online.info
www.atempo.at

Kontakt zur Nueva Ausbildung Berlin

Lebenshilfe Bildung gGmbH
nueva@ Ausbildungsprojekt
Heinrich-Heine-Straße 15
10179 Berlin
Tel: 030 / 82 99 98-660
janna.harms@lebenshilfe-bildung.de
liane.neubert@lebenshilfe-bildung.de

Ich bin erwachsen, aber lernen möchte ich trotzdem noch!

Inhaltlich-konzeptionelle Vorbereitung und Aufbereitung des Themas

„Ich bin erwachsen, aber lernen möchte ich trotzdem noch!“ drückt den Wunsch nach lebenslangem Lernen aus, dessen Verwirklichung ein grundlegendes Recht eines jeden Menschen in unserer Gesellschaft darstellt (vgl. Motakef 2006)¹. Denn das Menschenrecht auf Bildung ist nicht nur ein eigenständiges Recht, sondern verhilft dem Menschen im Sinne des Empowerments dazu, die Vielzahl seiner weiteren Menschenrechte wahrzunehmen (vgl. Theunissen 2003, 34). Seit der Unterzeichnung der UN-Behindertenrechtskonvention besteht sogar vielmehr ein Recht auf inklusive Bildungsangebote für jeden (vgl. Motakef 2006). Oft werden Menschen, die von uns als geistig behindert bezeichnet werden, jedoch daran gehindert, lebenslang an einem breiten Spektrum je individueller Bildungsangebote teilzuhaben (vgl. Theunissen 2003, 8 und 50).

Das durchgeführte Seminar anerkennt diesen Bildungswunsch und -anspruch. Es setzt sich zum Ziel, jedem Teilnehmer Aspekte der allgemeinen Entwicklung im Bereich der Erwachsenenbildung für Menschen mit geistiger Behinderung sowie Themen und Chancen von Erwachsenenbildung nahezubringen. Zum Abschluss des Seminars sollten jede Teilnehmerin und jeder Teilnehmer konkrete Ideen für eine zukünftige persönliche Lernmöglichkeit entwickelt haben. Ein etwa dreistündiges Seminar zu einem solch wenig eingeschränkten Themenbereich für eine unbekannte und sicherlich sehr heterogene Teilnehmergruppe in Bezug auf Vorwissen, Vorerfahrung

und Motivation zu planen, scheint schier unmöglich; und so sollten vorab zumindest Gruppengröße und Herkunftsstadt der Teilnehmenden geklärt sein.

Als günstig erweist sich die Tatsache, dass die Seminarteilnehmenden aus nur drei verschiedenen Städten anreisen. Zwei Teilnehmende leben in Marburg, zwei in Hamburg und drei in Berlin, so dass in unterstützter Gruppenarbeit die Erarbeitung eines persönlichen Zukunfts-lernplans ermöglicht werden kann.

Anne Goldbach



Seminarinhalte

Die Inhalte des Seminars werden im Abschnitt der Durchführungsbeschreibung auch in Leichter Sprache erläutert, vorab sollen sie jedoch in ihrer methodisch-didaktischen Bedeutung beschrieben werden.

Um abzusichern, dass alle Seminarteilnehmenden ein grundlegendes Verständnis vom Weiterbildungsbegriff besitzen, erfolgt zunächst eine Begriffsklärung. Es schließt sich eine kurze Darstellung der historischen Entwicklung an, um die momentanen Chancen und Grenzen der Bildungsangebote für Menschen mit so genannter Behinderung einordnen zu können. Dieser Abschnitt trägt insbesondere dazu bei, das festgeschriebene Recht auf lebenslange Bildung immer vehementer einzufordern. Dies gilt auch deshalb, weil ersichtlich ist, dass Forderungen des Personenkreises schon Erfolge erzielt haben. In einem nächsten Schritt werden mögliche Themen für Weiterbildungsan-

gebote gemeinsam zusammengetragen, geordnet und mit eigenen Erfahrungen angereichert. Nach Bewusstwerden der eigenen Erfahrungen und die anderer Seminarteilnehmer können Wünsche im Hinblick auf den individuellen weiteren Lernfortgang entwickelt werden. Anhand dieser Wünsche wird in einer abschließenden Gruppenarbeit eine persönliche Perspektive für jeden Teilnehmenden erarbeitet.

Methodisch-didaktische Umsetzung

Das Seminar orientiert sich an den Grundzügen der Konzeption von Theunissen (vgl. Theunissen 2003, 65-104). Bezuglich der umzusetzenden Prinzipien sei an dieser Stelle nur darauf hingewiesen, dass das Prinzip der Freiwilligkeit und Mitbestimmung insofern gewahrt ist, da durch die partnerschaftliche Arbeit jederzeit gewährleistet ist, einzelne Inhalte genauer zu hinterfragen, auszubauen oder aber auch zu verwerfen. Das Prinzip der Individualisierung geht schon aus der Zielsetzung des Seminars hervor und ist im Falle der persönlichen Findung von individuell bedeutsamen Bildungsangeboten unerlässlich. Aufgrund der Einmaligkeit der Veranstaltung kann das Prinzip der Regelmäßigkeit nicht verfolgt werden. Auch eine Prozessorganisation des Seminars kann nur im Rahmen von Planungsalternativen ermöglicht werden. Zur Visualisierung des gesamten Ablaufes werden für jeden vorgestellten Gliederungspunkt des Seminars passende Bilder an der Tafel befestigt, welche nach Abschluss dieser Einheit wieder entfernt werden. So bleibt der Ablauf und derzeitig behandelte Inhalt präsent und nachvollziehbar.

Zur Sicherung der Ergebnisse erhalten alle Seminarteilnehmenden eine Fort-

bildungsmappe, welche im Laufe des Seminars um weitere, eigene Materialien erweitert wird. Zur Zusammenfassung und Visualisierung der jeweils momentanen Arbeitsergebnisse dient eine sehr schlichte computergestützte Präsentation.

Vorstellung der Seminargruppe

Nach einem persönlichen Einstieg durch die Referentin und der Darstellung des Seminarablaufes folgt die strukturierte gegenseitige Vorstellung, die für die weitere Arbeit besonders wichtig ist. Sie dient – wie Theunissen formuliert – der „Ermittlung der individuellen und kollektiven Ausgangslage“ (Theunissen 2003, 89). Alle Teilnehmenden erhalten ihre Fortbildungsmappe und einen Bogen Papier, auf welchem sie einige Fragen zu ihrer Person kurz festhalten können (Wie ist mein Name? Wo komme ich her? Wo arbeite ich? Was kann ich gut? Was kann ich schlecht? Was mache ich gerne? Wie geht es mir gerade?). Anhand der jeweils eigenen Antworten können sich die Teilnehmenden – soweit gewünscht – anschließend in der Gruppe vorstellen. So wird nicht nur ein thematischer (*Was kann ich, Was will ich vielleicht noch lernen?*), sondern auch ein emotionaler Zugang (*Wie geht es mir?*) zum gemeinsamen Seminarvorhaben geschaffen.

Was ist Weiterbildung?

Der Thematische Einstieg erfolgt durch die subjektiven Vorstellungen der einzelnen Seminarteilnehmenden, welche auf kleinen farbigen Notizzetteln mit je einem Stichwort erste Gedanken notieren, um diese anschließend an der Tafel zu präsentieren. So entsteht eine bunte Vielfalt an wichtigen Gedanken zum Thema, die anschließend aufgegriffen und in einer abschließenden Definition zusammengefasst und ergänzt werden. Dieser aktivierende Einbezug der Teil-

nehmenden zu Beginn des Seminars trägt zur Identifikation mit der Seminargruppe und dem zu behandelnden Inhalt bei.

Historische Entwicklung

Es folgt ein kurzer – durch die Seminarleitung eingebrachter – referierender Abschnitt, der wiederum einen Wechsel der Methoden bedeutet. Die kurze Phase der frontalen Darbietung von Inhalten findet ihre Begründung sowohl in der zeiteffektiven Vermittlungsmöglichkeit und zum andern darin, dass die Teilnehmenden des Seminars bis zu diesem Zeitpunkt selbst sehr aktiv sein mussten. Da an dieser Stelle alle Seminar teilnehmenden gleichermaßen mit neuen Informationen versorgt werden sollen, ist es thematisch begründbar, eine frontale Arbeitsform zu wählen (vgl. Theunissen 2003, 97). Wichtig ist jedoch die Anpassung der frontalen Darbietung an die Teilnehmergruppe (vgl. a. o. O., 95). U. a. bedeutet dies, dass der Unterrichtsgegenstand sprachlich sehr bild- und beispielhaft gestaltet wird. Dementsprechend wird die frontale Präsentation durch eine Öffnung in Richtung Gruppengespräch aufgeweicht. Fragen, Hinweise und Erfahrungen der Teilnehmenden sind erwünscht und werden eingefordert. Aus diesen historischen Überlegungen wird der Grundsatz des Rechts auf Bildung entwickelt, welches jedem Menschen zukommt. Der Satz: „Jeder Mensch hat das Recht auf lebenslange Bildung“ wird an die Wand projiziert und dient als Auslöser für einen Erfahrungsaustausch. Warum ist mir dieses Recht wichtig? Wird mir dieses Recht manchmal verweigert? In dieser Auseinandersetzung wird für jeden nachvollziehbar, dass Bildung für ihn bedeutsam ist, eine Chance darstellt und jeder für dieses Recht eintreten sollte.

Weiterbildungsthemen

Die Seminar teilnehmenden sind schon weiterbildungserfahren. Deshalb bietet es sich an, auch an dieser Stelle mit persönlichen Erfahrungen der Teilnehmenden zu beginnen. Der bewährte Zugang des schriftlichen Brainstormings wird weiter modifiziert. So bleibt auf der einen Seite die vertraute Arbeitsweise erhalten, wird aber auf der anderen Seite abwechslungsreich gestaltet. Die Teilnehmenden werden gebeten, alle Themen aufzuschreiben, zu denen es eine Weiterbildung geben kann. Jede Idee soll auf einen separaten Zettel geschrieben werden. Dies geschieht in Einzelarbeit. Die in der Tischmitte abgelegten Gedanken werden anschließend von der gesamten Gruppe systematisch geordnet, indem sie zu einzelnen Kategorien (vgl. Theunissen 2003, 85f) geheftet werden. Dieser Prozess ermöglicht eine Bereicherung für alle Teilnehmenden, da von Seiten anderer Seminarmitglieder oder durch Ergänzungen der Seminarleitung anregende Gedanken für neue Lernfelder eröffnet werden.

Eigene Wünsche

Im Anschluss an die Themensammlung findet als letzte Einheit die Erstellung eines persönlichen Zukunfts lernplanes statt. Hierfür kommen die Teilnehmenden in Gruppen entsprechend ihres Wohnortes zusammen. Sie erhalten die zuvor von der Referentin zusammengestellten Informationsmaterialien zu Weiterbildungsmöglichkeiten der jeweiligen Stadt und Umgebung. Auffallend bei der Telefon- und Internetrecherche der städtischen Angebote sind die sehr wenigen Angebote für gemeinsames Lernen. So konnte nur ein Angebot an Volkshochschulen gefunden werden, welches auch für Menschen mit so genannter geistiger Behinderung geöffnet ist. Obwohl nach

Theunissen die Themen sich kaum von Themen der allgemeinen Erwachsenenbildung unterscheiden (vgl. Theunissen 2003, 86) und es viele gute integrative Beispiele gibt (vgl. Heimlich/Behr 2010). Gemeinsam durch die Unterstützung einer Assistentin (für das Seminar sollten zusätzlich zur Seminarleitung zwei weitere Assistentinnen zur Verfügung stehen) wird in den Gruppen an den individuellen Plänen gearbeitet. Um diesen Vorgang zu strukturieren, werden die Teilnehmenden gebeten, sich vorab folgende drei Fragen zu stellen: Welcher Wunsch ist mir am wichtigsten? Warum möchte ich das lernen? Wie viel Zeit habe ich dafür? So können Aspekte für ein individuelles Ziel gefunden werden. Für den akzeptierenden Umgang mit persönlichen Wünschen sei an das Grundverständnis der Persönlichen Zukunftsplanung erinnert (vgl. Doose 2004; Emrich/Gromann/Niehoff 2006).

Anhand der vorliegenden Materialien wird anschließend eine passende Möglichkeit für die teilnehmende Person herausgesucht. Für weitere Recherche-tätigkeiten steht ein Computer mit Internetzugang zur Verfügung. Sollte es, wie in einigen Fällen denkbar, kein passendes Angebot geben, so wird gemeinsam nach einer alternativen Vorgehensweise gesucht. Es werden mögliche Unterstützungsfiguren im Umfeld der Person aufzufindig gemacht, die dabei helfen könnten, ein solches Lernangebot zu verwirklichen.

Literatur

- DOOSE, S. (2004): I want my dream! Persönliche Zukunftsplanung ; neue Perspektiven und Methoden einer individuellen Hilfeplanung mit Menschen mit Behinderungen. 7., überarb. und erw. Neuaufl., Hamburg und Kassel
- EMRICH, C. / GROMANN, P. / NIEHOFF, U. (2006): Gut leben. Persönliche Zukunftsplanung realisieren - ein Instrument. 1. Aufl., Marburg
- HEIMLICH, U. / BEHR, I. (2010): Inklusion von Menschen mit Behinderung in der Erwachsenenbildung/Weiterbildung. In: TIPPELT, R. (Hrsg.): Handbuch Erwachsenenbildung, Weiterbildung. 4., durchges. Aufl., Wiesbaden, 813-826
- MOTAKEF, M. (2007): Das Menschenrecht auf Bildung und der Schutz vor Diskriminierung. Exklusionsrisiken und Inklusionschancen. Hrsg. v. Institut für Menschenrechte, Berlin
- THEUNISSEN, G. (2003): Erwachsenenbildung und Behinderung. Impulse für die Arbeit mit Menschen, die als lern- und geistig behindert gelten. Bad Heilbrunn/Obb.
- TIPPELT, R. (Hrsg.) (2010): Handbuch Erwachsenenbildung, Weiterbildung. 4., durchges. Aufl., Wiesbaden

¹ Wenngleich zu beachten ist, dass der Begriff des Lebenslangen Lernens in der Politik zunehmend als die Pflicht eines jeden Bürgers verstanden wird und somit ein Recht zu einer Pflicht zu avancieren droht (vgl. Tippelt 2010).

*Anne Goldbach
Wissenschaftliche Mitarbeiterin
Universität Leipzig
Institut für Förderpädagogik
goldbach@rz.uni-leipzig.de*

Wichtiges in Leichter Sprache

Im Seminar wollen wir etwas über Weiterbildung lernen.
Wir sind 7 Teilnehmer.
Wir kommen aus verschiedenen Städten.
3 Frauen kommen aus Berlin.
1 Frau und 1 Mann kommen aus Hamburg.
2 Frauen kommen aus Marburg.
Wir lernen uns alle erst im Seminar kennen.

Die Seminargruppe stellt sich vor

Jeder von uns beantwortet ein paar Fragen über sich.
Wie ist mein Name?
Wo komme ich her?
Wo arbeite ich?
Was kann ich gut?
Was kann ich schlecht?
Was mache ich gerne?
Wie geht es mir gerade?
Das kann er dann in der Gruppe erzählen.
So lernen sich alle ganz gut kennen.
Wir sind sehr verschieden.
Jeder hat andere Begabungen.
Fast alle haben große Lust auf das Seminar.
Manche ärgern sich, weil die Tagung so teuer ist.
Es ist schade, dass Weiterbildung so teuer ist.

Was ist Weiterbildung?

Jeder schreibt auf Zettel, was Weiterbildung ist.
Alle stellen ihre Gedanken vor.
Sie heften ihre Zettel an die Tafel.
Es gibt viele verschiedene Gedanken.
Wir fassen alle Ideen zusammen und halten fest:
Weiterbildung findet erst nach der Schule statt.
Bei einer Weiterbildung kann ich etwas Neues lernen.
Ich kann mich aber auch in etwas anderem verbessern.
Bei einer Weiterbildung geht es um Wissen.
Ich kann neue Informationen lernen.
Bei einer Weiterbildung geht es aber auch um Können.
Ich kann lernen, wie man etwas macht.
Weiterbildung ist immer freiwillig.

Niemand kann mich dazu zwingen.
Aber: Ich habe ein Recht auf Weiterbildung.
Jeder Mensch hat das Recht auf Bildung.

Geschichte der Weiterbildung

Jetzt hören alle etwas ganz Neues.
Wir erfahren viel darüber, wie Weiterbildung früher war.
Weiterbildung für Menschen mit geistiger Behinderung gibt es noch nicht lange.
Früher wurde geglaubt, dass diese Menschen nicht viel lernen können.
Außerdem wurden Menschen mit Behinderung nicht so alt.
Weiterbildung für Menschen mit Behinderung gibt es seit 25 Jahren.
Damals hat man gesagt:
Menschen mit geistiger Behinderung sollen einen normalen Tag haben.
Menschen mit geistiger Behinderung sollen integriert werden.
Menschen mit geistiger Behinderung sollen selber entscheiden.
Darum wurde ein Verein gegründet.
Der Verein heißt Gesellschaft zur Förderung der Erwachsenenbildung für Menschen mit geistiger Behinderung e. V.
Der Verein hat geholfen, dass es für alle Menschen Weiterbildung gibt.
Es gab Angebote für Menschen mit und ohne Behinderung.
Alle haben gemeinsam gelernt.

Später gab es wieder mehr Extra-Angebote.
Menschen mit Behinderung wurden extra unterrichtet.
Heute gibt es immer noch wenig gemeinsame Angebote.
Menschen mit und ohne Behinderung lernen getrennt.
Das ist sehr schade.
Wir sollten dafür kämpfen, dass wir mehr gemeinsam lernen können.
Immerhin gibt es jetzt viele Angebote für jeden.
Allen ist klar, dass jeder ein Recht auf Bildung hat.

Themen für die Weiterbildung

Alle von uns haben schon mal eine Weiterbildung gemacht.
Wir kennen uns mit Themen aus.
Jeder schreibt auf, was es für Weiterbildungen gibt.
Es gibt sehr viele Ideen.
Jetzt ist es wichtig, die vielen Ideen zu ordnen.
Wissenschaftler haben viele Themen zusammengestellt.
Wissenschaftler sind Menschen, die sich gut mit etwas auskennen.
Es gibt Wissenschaftler speziell für die Weiterbildung.
Sie sagen, dass man sich fast überall weiterbilden kann.

Deshalb ordnen wir unsere eigenen Ideen zu ihren Gedanken.

Das sind wichtige Themen für die Weiterbildung:

1. Sich in seiner Umwelt auskennen
2. Lesen, Schreiben, Rechnen
3. Wohnen
4. Freizeit
5. Arbeit
6. Freundschaft, Partnerschaft, Streiten
7. Umgang mit Angst und Krisen
8. Alltag meistern
9. Erwachsenwerden
10. Computer, Internet
11. Selbstbestimmung
12. Gesund leben
13. Natur und Umwelt kennenlernen und schützen
14. Politik

Die Seminarleiterin ergänzt diese Ideen.

So haben wir einen Überblick über Möglichkeiten, etwas zu lernen.

Manche haben nun Lust, etwas Neues zu lernen.

Wir haben Zeit, um darüber nachzudenken, was wir lernen wollen.

Mein Weiterbildungswunsch

Wir wollen die passende Weiterbildung für uns finden.

Dafür arbeiten wir in Gruppen.

Jede Gruppe wird durch einen Assistenten unterstützt.

Zuerst sollen wir über drei Fragen nachdenken:

1. Welcher Wunsch ist mir am wichtigsten?
2. Warum möchte ich das lernen?
3. Wie viel Zeit habe ich dafür?

Unsere Wünsche werden akzeptiert.

Wir reden viel über unsere Wünsche und Ziele.

Jeder findet ein Ziel, was ihm am wichtigsten ist.

Dann suchen wir das passende Angebot.

Viele Informationen hat die Seminar-Leiterin schon gesammelt.

Manchmal ist nicht das Passende dabei.

Dann können wir noch im Internet suchen.

Manchmal ist auch hier nichts zu finden.

Dann überlegen wir, was wir noch tun können.

Wir suchen nach Menschen, die uns unterstützen können.

Sie sollen helfen, dass wir das lernen können, was wir wollen.

Jeder weiß am Ende, was er als nächstes machen kann.

Alle schreiben ihr Ziel als Erinnerung auf.

„Inklusive Reporter“

Ein Filmprojekt im Rahmen der Fachtagung „Inklusive Erwachsenenbildung“

Jördis
Kühne



Beschreibung

In Kooperation mit der Katholischen Hochschule für Sozialwesen Berlin / Studiengang Heilpädagogik entstand die Idee, mit jungen erwachsenen Teilnehmern mit geistiger Behinderung im Rahmen eines Films zum Thema Inklusion die Möglichkeiten von Angeboten der Erwachsenenbildung für behinderte und nichtbehinderte Menschen unter die Lupe zu nehmen. Neben der praktischen Durchführung des Filmens sollten die Teilnehmer Einblicke in die Medienarbeit Film erhalten – von der Idee bis zum fertigen Schnitt.

Ablauf

Der Projektverlauf hatte diese Einheiten:

Vorbereitung

Bei einem Vortreffen erfolgte eine Einführung in das Medium Film. Die Teilnehmer erlebten ein erstes Kennenlernen der Kamera. Außerdem wurden die Dreharbeiten für die Tagung geplant. Erste Interviewtechniken konnten geübt werden.

Tagung „Inklusive Erwachsenenbildung“

Bei der Tagung fanden die Hauptdreharbeiten statt. Anhand von Interviews zum Thema Inklusion sollte gleichzeitig eine Dokumentation der Fachtagung entstehen. Bereits während der Tagung wurde ein Teil des Filmes geschnitten, um ein vorläufiges Ergebnis zu präsentieren.

Nachbereitung und Schnitt

Hierbei wurde das restliche Material gesichtet sowie der komplette Film mit dem Inhalt beider Tage der Fachtagung zusammen geschnitten. Die Titel wurden eingefügt und der Film mit Musik unterlegt. Am Ende wurden noch Vor- und Nachspann hinzugefügt.

Reflexion

Mit Fragen wie „Was ist Inklusion?“ oder „Welche Angebote existieren in der Erwachsenenbildung?“ sollten die Kursteilnehmer die Position von Reportern einnehmen und andere Tagungs-Teilnehmer zur Inklusion befragen. Durch das Medienprojekt erfolgten ein Lernprozess und eine Reflexion darüber, inwieweit Bildungsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderung vorhanden sind. Als Ergebnis entstand ein 20-minütiger Film. In der Reflexion wurde auch deutlich, dass immer noch zu wenig Kultur- und Bildungsangebote für Menschen mit Behinderungen existieren – insbesondere auf dem Gebiet der Medienarbeit und -pädagogik. Dieses Projekt gab den Teilnehmern Einblicke in die Arbeit mit dem Medium Video. Die behinderten Teilnehmer erlangten ein hohes Maß an aktiver Beteiligung. Der Inklusionsgedanke wurde vor allem auch dadurch realisiert, dass die Teilnehmer selbst einen Film von der Idee bis zum fertigen Schnitt gestalteten. Sie führten Aufgaben wie Drehplanung, Interviews und Regie in großer Verantwortung und mit leidenschaftlichem Engagement aus.

Als Fazit ist festzustellen, dass die Medienarbeit mit Menschen mit Behinderungen größerer Aufmerksamkeit bedarf. Es gibt sehr viele Projekte in der Zusammenarbeit mit Jugendlichen, aber immer noch zu wenig Beispiele für die Arbeit mit Menschen mit Behinderungen.

Die beteiligten Reporter haben aber nicht nur für sich selbst etwas gelernt. Vielmehr war das Ergebnis in Form des Filmes eine anschauliche Dokumentation der Fachtagung „Inklusive Erwachsenenbildung.“ Es wurde dem Wort „Inklusion“ nachgegangen, das vielseitige Erklärungen und Verständnisformen aufwarf, sowie auch der Frage, was Inklusion für die Erwachsenenbildung bedeutet. So sollte auch herausgefunden werden, inwieweit Angebote der inklusiven Erwachsenenbildung beispielsweise im Volkshochschulbereich geschaffen werden müssen.

Das entstandene Produkt

Der entstandene Film vermittelt ein gutes Bild über den jeweiligen Stand der Tagung: von der Anfangsstimmung der Tagungsteilnehmer mit vielen offenen Fragen bis hin zu dem Resumee der Reportage, bei dem einige der Besucherinnen in Zukunft in ihren Arbeitsbereichen mehr inklusive Bildungsangebote bedenken und schaffen wollen.

Dieses Projekt hatte eine positive Doppelwirkung: einerseits in der medienpädagogischen Arbeit mit den erwachsenen Teilnehmern mit Behinderungen und andererseits in Form der dokumentarischen Betrachtung der Fachtagung „Inklusive Erwachsenenbildung.“

Jördis Kühne

*Dipl. Kultурpädagogin / Medien
Geschäftsführerin
IM-Movie - Film und Medienpädagogik
Weseler Straße 2
10318 Berlin
post@im-movie.de*



Dank für wahre Pionierarbeit

Zum Tod von Herbert Höss

Harald Goll



Herbert Höss wurde am 24.08.1922 in Neustadt an der Weinstraße geboren. Den größten Teil seines Lebens verbrachte er in Heidelberg. Herbert Höss war Volkschul-Lehrer, Rektor der damals so genannten „Hilfsschule“ in Heidelberg und Gründungsmitglied der dortigen Lebenshilfe, wo er in den 1960er-Jahren die erste Schule für Kinder mit geistiger Behinderung aufbaute. 1972 erhielt er den Ruf an die Pädagogische Hochschule Heidelberg auf eine Professur für das Fach Geistigbehindertenpädagogik, die er bis zum Jahre 1987 innehatte.

Aus seinem reichhaltigen Lebenswerk sind drei Projekte hervorzuheben, die weit über den regionalen Rahmen hinausragten. Hier hat Herbert Höss wahre Pionierarbeit geleistet und Entwicklungen initiiert, an die damals kaum jemand dachte. „Verantwortung auch für das Erwachsenenalter“ (Höss 2007) – dieser Gedanke war in den Anfangsjahren der damaligen „Geistigbehindertenpädagogik“, die sich vor allem als (Sonder-)Schulpädagogik zu etablieren begann, noch wenig präsent. Ich hatte das Glück, Herbert im Laufe der vergangenen 30 Jahre als Student, Mitarbeiter, Kollege und Freund bei all diesen Vorhaben begleiten zu dürfen und kann authentisch darüber berichten, auch über manche Dinge, die man heute kaum mehr glauben mag.

Enthospitalisierung

Noch in den 1980er-Jahren existierten sogenannte Oligophrenie-Stationen als Langzeiteinrichtungen der Psychiatrischen Landeskrankenhäuser, so auch in Wiesloch bei Heidelberg. Dort wurden Erwachsene mit geistiger Behinderung über Jahrzehnte in großen, weißen Schlafsaalen und kahlen Tagträumen hinter

verschlossenen Türen und vergitterten Fenstern verwahrt. Damals forderten wir beispielsweise „Anschaffung eigener Zahnbürsten, Waschlappen und Rasierapparate für jeden Patienten“ (Höss & Goll 1986, 25). Diese Situation ist heute kaum mehr vorstellbar. Herbert Höss war einer der ersten in Deutschland, der sich dieser vergessenen Menschen annahm und mit Studierenden ein Projekt zur Ausgliederung langzeithospitalisierter Erwachsener mit geistiger Behinderung ins Leben rief. Seine Projekte verloren sich nie in akademischen Elfenbeintürmen, im Gegenteil: Der Professor selbst stand im Tagraum der geschlossenen Männerstation, sprach mit den als „Patienten“ bezeichneten Bewohnern, den Pflegern und den Leitern der Einrichtung und eröffnete „Wege nach draußen“ (Höss & Goll 1986). Keiner dachte damals, dass dies gelingen könnte.

Künstler mit geistiger Behinderung

„Kunst oder nicht Kunst?“ – das war für Herbert Höss keine Frage. Er erkannte klar die künstlerische Qualität vieler Bilder, die in Einrichtungen der Behindertenhilfe entstanden sind. Als auch Kunstabexperten seine Auffassung teilten, war für ihn klar: Diese Kunstwerke sollten nicht länger in Behinderteneinrichtungen, Kirchenräumen oder Rathausfluren der Öffentlichkeit präsentiert werden. Ihr Platz sollte dort sein, wo Künstler und Künstlerinnen ihre Werke in der Regel ausstellen: Kunsthallen, Museen, Ateliers oder vergleichbare Standorte. Und wieder war er es, der sich persönlich dafür einsetzte, Gelder akquirierte, Ausstellungen organisierte und um die halbe Welt telefonierte, damit die Bilder als Kunstwerke in London, Stockholm, Helsinki,

Petersburg etc. ausgestellt werden konnten. Der Bildband „Künstler aus Stetten“ aus dem Jahr 1987 dokumentiert diese Entwicklung sehr eindrucksvoll (Höss u. a. 1987). Die damit einhergehende gesellschaftliche Aufwertung sowohl der Künstlerinnen und Künstler als auch der Gruppe der Menschen mit geistiger Behinderung im Sinne des damals heiß diskutierten Normalisierungsprinzips nach Wolfensberger war immens.



Erwachsenenbildung für Menschen mit geistiger Behinderung

Als Studierende fuhren wir Mitte der 1980er-Jahre nach Dänemark – besser gesagt: Herbert Höss chauffierte uns im organisierten Lebenshilfe-Bus nach Kopenhagen. Dort besuchten wir die Volkshochschule und waren sehr beeindruckt von der konsequenten Umsetzung des Normalisierungsprinzips in allen Lebens- und Bildungsbereichen an dieser „Wiege der Erwachsenenbildung“. Dass Menschen mit geistiger Behinderung auch im Erwachsenenalter lernen können, war in Deutschland zu jener Zeit noch eine recht neue Erkenntnis. An der Pädagogischen Hochschule bot Herbert Höss seit 1984 regelmäßig ein Hauptseminar „Erwachsenenbildung für Menschen mit geistiger Behinderung“ an. Daraus resultierten erste Kursangebote an allgemeinen Bildungseinrichtungen, wie z. B. dem Bildungszentrum Heidelberg (Höss & Goll 1987). Es folgten die drei

legendären Kolloquien: 1987 das Heidelberger Kolloquium, 1988 das Friesland Kolloquium und 1989 das Hamburger Kolloquium mit der Gründung der „Gesellschaft zur Förderung der Erwachsenenbildung für Menschen mit geistiger Behinderung“ – so lautete damals der Name der heutigen Gesellschaft Erwachsenenbildung und Behinderung.

Ab diesem Zeitpunkt dürfte den Leserinnen und Lesern dieser Zeitschrift sowohl der Fortgang der Erwachsenenbildung in Deutschland als auch der Beitrag unseres Gründungs- und Ehrenpräsidenten Herbert Höss bekannt sein. Umfangreichere Ausführungen zu Leben und Werk wären nicht in seinem Sinne. Herbert Höss ging es um die Sache, nicht um seine Person. Ganz in seinem Sinne dürfte daher folgender Appell an die Erwachsenenbildnerinnen und -bildner sein: Herbert Höss hat für unsere Arbeit das Fundament gelegt, hat Fakten geschaffen sowie Perspektiven und Visionen entwickelt, hat Menschen dafür begeistert. Und er hat bei Zeiten den Führungsstab an die nachfolgenden Generationen weitergegeben, damit sich die Erwachsenenbildung insbesondere an allgemeinen, inklusiven Einrichtungen auch ohne seine Person weiter etablieren und konsolidieren kann. An die von Herbert Höss geschaffene Basis sollten wir anknüpfen und die Arbeit fortsetzen!

HÖSS, H. / GOLL, H. (1986): Wege nach draußen. Reaktivierung und Revitalisierung in der Psychiatrie. Heidelberg

HÖSS, H. / GOLL, H. (1987): Das Heidelberger Modell. Erwachsenenbildung für Menschen mit geistiger Behinderung. In: Geistige Behinderung, 26 (3), 167-177

HÖSS, H. (2007): Verantwortung auch für das Erwachsenenalter. In: M. Hahn (Hrsg.): Verantwortung für Menschen mit geistiger Behinderung. Zeitzeugen des 20. Jahrhunderts berichten. Reutlingen

HÖSS, H. / SPELLENBERG, A. D. / SCHLAICH, P. / GERCKE, H. (Hrsg.) (1987): Künstler aus Stetten. Menschen mit geistiger Behinderung stellen aus. Stuttgart

Die GEB verabschiedet sich von Herbert Höss

Heidelberg, den 22. Juli 2011

Karl-Ernst
Ackermann



Im Rahmen einer Gedenkfeier im Theatersaal des Wohnstifts Augustinum in Heidelberg nahmen Angehörige, Freunde und Wegbegleiter Abschied von Professor Herbert Höss, der am 8. Juli 2011 in Heidelberg verstarb. Prof. Karl-Ernst Ackermann, Präsident der Gesellschaft Erwachsenenbildung und Behinderung, bedankte sich mit folgendem (leicht gekürztem) Grußwort bei dem Verstorbenen, der Mitbegründer und Ehrenpräsident der GEB war.

Wir sind zusammengekommen, um eines Menschen zu gedenken, dessen Biographie vielfältige und kostbare Momente aufweist, reichhaltig an vorbehaltloser Anerkennung anderer Menschen, an Staunen und an Lebensfreude!

Die Erwachsenenbildung war nicht sein einziges Thema – nein, es gab da auch andere Schwerpunkte, von denen jeder für sich gereicht hätte, eine ganze Lebensgeschichte zu erfüllen – so zum Beispiel das Feld der bildenden Kunst und die Förderung von Künstlerinnen und Künstlern mit Beeinträchtigungen und mit geistigen Behinderungen – und dies bereits schon lange bevor der Kunstmarkt dieses Genre entdeckte.

Und dann gab es da die frühe Aufbauarbeit an einer ganzen Lebenswelt für und mit Menschen mit kognitiven Behinderungen – so z. B. im Rahmen der Heidelberger Lebenshilfe. Aber nicht nur diese tatkräftige Gründungsarbeit in der Lebenspraxis, sondern auch Aktivitäten in der Wissenschaft sind zu nennen. Exemplarisch hierfür ist die Einrichtung der bis heute jährlich stattfindenden „Konferenz der Lehrenden der Geistigbehindertenpädagogik an wissenschaftlichen Hochschulen“, bei der sich die FachvertreterInnen über zentrale Fragen der Forschung und Lehre in ihrem Fachgebiet verständigen.

Die Idee hierzu und die Gründung dieser wichtigen Fach-Konferenz Ende der 1970-er Jahre geht maßgeblich auf ihn – auf Herbert Höss – zurück. „KLGH“ – so heißt diese Konferenz inzwischen abgekürzt – und im Bereich der wissenschaftlichen Geistigbehindertenpädagogik weiß jeder sofort Bescheid, wenn dieser Name fällt, um was es geht – und versucht, daran teilzunehmen. Sie fand in diesem Jahr bereits zum 33. Mal statt!

Und neben diesen verschiedenen Schwerpunkten gab es eben auch das ganz besondere Interesse an der Erwachsenenbildung, das – wie gerade deutlich wurde – gewiss nicht das einzige Thema, aber doch ein zentrales Lebens-Thema dieser Biographie ist. Im Namen aller Mitglieder der „Gesellschaft Erwachsenenbildung und Behinderung“ möchte ich dies mit Dankbarkeit besonders erwähnen. Was hat es mit diesem Thema auf sich? Es ist nun schon mehr als zwei Jahrzehnte her, da wurde von ihm in Hamburg ein Verein gegründet mit dem Ziel, die Erwachsenenbildung für Menschen mit geistiger Behinderung zu fördern. Geistige Behinderung und Bildung – dies galt in der öffentlichen Meinung damals, Ende der 1980-er Jahre, mehr oder weniger noch als ein Unding, als ein Widerspruch in sich selbst!

Skeptiker sagten dann diesem Verein auch nur eine kurze Lebensdauer voraus. Sie behielten Unrecht. Denn heute weist dieser Verein mit dem Namen „Gesellschaft Erwachsenenbildung und Behinderung e.V.“ das stattliche Alter von 22 Jahren auf. Er ist längst seinen Kinderschuhen entwachsen, ja – er ist inzwischen sozusagen „mündig“ geworden und befindet sich nunmehr in der Adoleszenz – und ist doch unverkennbar das „Kind“ jenes Menschen geblieben, von dem wir hier heute Abschied nehmen – von Herbert Höss.

Wie hat er es zuwege gebracht, in kurzer Zeit, quasi aus dem Nichts heraus, diesen Verein zu gründen, der bald sehr viele (bereits Ende der 1990-er Jahre: 400) Mitglieder hatte, die sich einer bis dahin eher unbekannten Idee zuwandten?

Er hat mit unermüdlicher Energie und Aktivität sich für die Belange der Erwachsenenbildung von Menschen mit Behinderung eingesetzt – und er hat dies mit Weitsicht und Bedacht getan: Er hat der Gründung dieser Gesellschaft sorgfältig den Boden bereitet, indem er zuerst Tagungen zu diesem Thema durchführte. Nach der dritten Tagung, im Mai 1989, war dann das Thema in Fachkreisen bekannt.

Und er war von der Sache „Erwachsenenbildung von Menschen mit geistiger Behinderung“ vollkommen überzeugt. Sie war für ihn nicht nur eine Möglichkeit, sondern eine Notwendigkeit, für deren Realisierung er hartnäckig und entschieden kämpfte.

Aber die Kenntnis der Sache auf Seiten der Fachleute allein hätte gar nicht ausgereicht. Vielmehr war ein Funke, der überspringt und zündet, unverzichtbar. Und dieses Überspringende, diese Begeisterungsfähigkeit von Herbert Höss war das, was es – neben der Überzeugung, dass es die richtige Sache ist – brauchte:

Er sprühte vor Begeisterung – und begeisterte damit die Menschen für diese Sache.

Er strahlte nicht nur Optimismus aus, sondern Zuversicht, die zugleich sein inneres Fundament war, das ihn trug. Die Erwachsenenbildung war ihm Passion und Mission zugleich. Er hat nicht nur unzählige Menschen begeistert – und damit nebenbei Mitglieder geworben –, sondern er hat es auch verstanden, hiermit die Menschen für seine Idee zu gewinnen und sie somit wiederum für die Sache selbst zu interessieren!

So war in seiner Nähe nicht nur immer viel Bewegung und Bewegtes, sondern es war freundlich, hell und zuversichtlich. Mit seiner sozusagen „wettergegerbt“ gutgelaunten und offenen Zuwendung zu den Menschen, mit seiner Leichtigkeit und Eleganz im Auftreten, mit seiner Eloquenz und seinem Humor, vor allem mit seiner Zuversicht – kurz: mit seinem besonderen Charme – entsprach er so gar nicht dem Bild eines leidenden und darbenden Paukers oder „Pädagogen“, sondern er war verantwortungsbewusster Initiator und tatkräftiger Pionier, der nachhaltige Perspektiven zu öffnen wusste!

Er liebte Blumen – und verschenkte sie gerne; so auf Veranstaltungen und Tagungen – beim Abschied, wenn er sich bedankte.

Und so möchte ich im Namen all Jener, die sich von ihm begeistern ließen, nun ihm zum Abschied Dank sagen – für die von ihm eröffneten Tatsachen und Perspektiven – und ihm mit diesem Straus ein bisschen von dem zurückgeben, was wir von ihm bekommen haben und was wir lebhaft in Erinnerung behalten und weitertragen werden.

Geistige Behinderung und Demenz

Verbesserung von Lebensqualität und Handlungsstrategien durch Bildungsangebote

Bettina
Lindmeier



Heike
Lubitz



Die steigende Anzahl von alternden Menschen mit geistiger Behinderung und somit auch eine Zunahme von altersbedingten Erkrankungen wie Demenz sowie Pflege- und Unterstützungsleistungen stellen die Einrichtungen der Behindertenhilfe vor große Herausforderungen. Neue Methoden in der Begleitung von Menschen mit geistiger Behinderung und besonderen Bedürfnissen in der Lebensphase Alter müssen entwickelt und erprobt werden. Ein Zuwachs der Arbeits-, Handlungs- und Lebensqualität von Mitarbeitern, Mitbewohnern sowie den betroffenen Personen selbst kann so bewirkt werden.

Das Altern von Menschen mit geistiger Behinderung

Menschen mit und ohne geistige Behinderung unterscheiden sich nicht im Verlauf von Alternsprozessen, da in beiden Personenkreisen individuelle Unterschiede in den physischen, psychischen sowie sozialen Alterungsentwicklungen auftreten (vgl. Ding-Greiner/Kruse 2004, 519). Ebenso ähneln sich die grundlegenden Bedürfnisse und Wünsche alternder Menschen beider Bevölkerungsgruppen bezüglich der Lebensphase Alter. So besteht bei einer Mehrzahl der Personen beispielsweise der Wunsch, auch bei zunehmender Pflegebedürftigkeit in der vertrauten Umgebung zu verbleiben, sozial eingebunden oder finanziell abgesichert zu sein. Weiterhin besteht das Bedürfnis, Unterstützung bei der Tagesstrukturierung und Freizeitgestaltung zu erhalten (vgl. BMA 1998, 110f). Mit stei-

gendem Lebensalter nimmt jedoch auch das Risiko zu, mit materiellen und sozialen Krisen sowie Verlusterfahrungen konfrontiert zu werden (vgl. BMFSFJ 2002, 120ff). Dies trifft selbstverständlich auch auf Menschen mit geistiger Behinderung zu, welche in der Lebensphase Alter von einer Ausdünnung von sozialen Kontakten, Verlust des bekannten Wohnumfeldes oder der Rolle als Erwerbstätiger betroffen sein können (vgl. Lemberg 1997, 44; zit. nach Buchka 2003, 38f). Die Alternsprozesse von Menschen mit und ohne geistige Behinderung haben eine weitere bedeutende Gemeinsamkeit: Das Kompetenzmodell des Alterns, welches im Gegensatz zu den möglichen Belastungen und Verlusterfahrungen im Alter die individuellen Ressourcen und Stärken der Betroffenen verdeutlicht, findet Anwendung in beiden Personenkreisen (für Menschen mit geistiger Behinderung vgl. Kruse 2001, 103f; zit. nach Buchka 2003, 39).

Dennoch verläuft der Alterungsprozess innerhalb der Bevölkerungsgruppe der Menschen mit geistiger Behinderung mit besonderen interindividuellen Unterschieden und variierenden Schweregraden je nach Art der Behinderung: So treten Alterserscheinungen wie körperliche, motorische oder kognitive Veränderungen und lebenspraktische Einschränkungen bei Menschen mit Down-Syndrom bereits ab dem 40. Lebensjahr auf, während dies bei der Mehrzahl der Personen mit geistiger Behinderung erst ab dem 60. Lebensjahr zu beobachten ist (vgl. Gusset-Bährer 2006). Alternsbedingte Abbauprozesse sind hier jedoch bedeutend schneller feststellbar, da zahlreiche Men-

schen mit geistiger Behinderung nur ein geringeres Niveau hinsichtlich ihrer Alltagskompetenzen erworben haben als der Bevölkerungsdurchschnitt. Dies betrifft neben demenziellen Erkrankungen auch weitere Einschränkungen bezüglich der körperlichen, psychischen oder geistigen Fähigkeiten. So sind Personen mit und ohne geistige Behinderung im Alter von psychischen Störungen betroffen. Das Auftreten von psychischen Erkrankungen wie z. B. Depressionen, Angst- oder Verhaltensstörungen wird für Menschen mit geistiger Behinderung mit etwa 12% bis 20% bezeichnet (vgl. Holland 2000, zit. nach Ding-Greiner/Kruse 2004, 523). Die Prävalenzraten von demenzbezogenen Erkrankungen werden nachfolgend ausführlich dargelegt.

Geistige Behinderung und Demenz

Demenz als eine der häufigsten psychiatrischen Erkrankungen im höheren Lebensalter betrifft ebenso wie Personen der Allgemeinbevölkerung auch Menschen mit einer geistigen Behinderung. Verschiedene demenziell bedingte Krankheitsbilder mit unterschiedlichen Ursachen werden unter dem Oberbegriff „demenzielles Syndrom“ zusammengefasst (vgl. Falk 2004, 37). Mehrere Risikofaktoren können für die Entwicklung einer Demenz bei geistiger Behinderung als ausschlaggebend angesehen werden (vgl. Ackermann/Rupprecht 2004, 25f). Dazu zählen die Faktoren steigendes Lebensalter, ein geringes Bildungsniveau, eine frühkindlich oder im Lebensverlauf erworbene Hirnschädigung sowie Trisomie 21 (vgl. ebd.). Die auf Schätzungen sowie Hochrechnungen aus stichprobenartigen Erhebungen beruhenden Angaben zur Prävalenz sind

jedoch nur schwer vergleichbar. So wird angenommen, dass 12% der erwachsenen Menschen mit geistiger Behinderung von demenziellen Erkrankungen betroffen sind (vgl. Holland 2000, zit. nach Ding-Greiner/Kruse 2004, 523). Moss (1997, 52) hingegen fand nur 11,4% der über 50-jährigen Menschen mit geistiger Behinderung von Demenz betroffen, bei den über 65-jährigen Menschen mit Behinderung stellte Lund (1985, zit. nach Lingg/Theunissen 1999, 227) bereits bei 22,2% eine Demenz fest. Bei Menschen mit Down-Syndrom differieren diese Angaben. Nicht bekannt ist allerdings, wie groß der Anteil der Menschen mit Down-Syndrom an der Gesamtgruppe der Menschen mit geistiger Behinderung ist. Es wird aber deutlich, dass innerhalb der genannten Altersgruppen Menschen mit Down-Syndrom erheblich häufiger an Demenz erkrankt sind, als es jene Prävalenzraten vermuten lassen. So diagnostizierten Maaskant et al. (1994, zit. nach Haveman 1997, 31ff) in einer niederländischen Langzeitstudie bei 42% der über 50-jährigen Menschen mit Down-Syndrom eine Demenz, bei den über 60-Jährigen waren es bereits 56%. Studien aktuelleren Datums bestätigen diese Prävalenzraten (vgl. Fisher/Kettl 2005, 28). Eine Erkrankung am demenziellen Syndrom zählt folglich für die Personengruppe der Menschen mit geistiger Behinderung zu den häufigsten Krankheitsbildern im Alter. Die Auswirkungen auf die Lebenswelten der Betroffenen, Begleitenden sowie der Mitbewohner werden nachfolgend erläutert.

Symptome

Je nach Behinderungs- und Demenzart sowie dem Krankheitsverlauf treten spezifische Merkmale auf. So entwickeln Menschen mit geistiger Behinderung und Demenz oftmals psychosoziale Störungssymptome wie Aggressionen, Halluzinationen sowie motorische Unruhe und Umherwandern, häufig auch einen veränderten Schlaf- und Wachrhythmus (vgl. Cooper/Prasher 1998, zit. nach Fisher/Kettl 2005, 28). Bei Personen mit einer leichten bis mittleren geistigen Behinderung ist zu Beginn ein Gedächtnis-, Orientierungs- und Sprachverlust zu beobachten. Bei einem weiteren Verlauf der Erkrankung folgen individuell differenzierende Persönlichkeitsveränderungen, apathisches sowie stereotypes Verhalten. Besonders auffallend scheint der frühe Verlust von alltagspraktischen Fähigkeiten (vgl. Haveman/Stöppler 2010, 100f). Bei Menschen mit geistiger Behinderung, Down-Syndrom und Demenz hingegen sind verstärkt Stimmungstrübungen, Unruhe sowie Schlafstörungen, aber weniger Aggressionen zu beobachten (vgl. Cooper 1997, zit. nach Fisher/Kettl 2005, 28). Weiterhin ist bei Menschen mit Down-Syndrom oft schon ab dem 40. Lebensjahr eine rapide Verschlechterung des Kurzzeit- und Langzeitgedächtnisses sowie der Orientierungsfähigkeit zu beobachten; mit steigendem Alter verläuft die Erkrankung stark progressiv (vgl. Maaskant et al. 1994, zit. nach Haveman 1997, 31ff).

Das demenziell bedingte herausfordernde Verhalten der Betroffenen erfordert zum einen eine höhere Aufsichts- und Betreuungsleistung der Mitarbeiter sowie eine veränderte ehemals heilpädagogische, nun mehr gerontologische Herangehensweise. Zum anderen werden die sozialen Netzwerke innerhalb von Wohn- und

Arbeitsgruppen durch das unerklärlich erscheinende Verhalten der Erkrankten belastet. Das im Anschluss beschriebene Projekt greift diese Bedarfslagen auf und nähert sich dem Themenkomplex aus einer subjekt- sowie ressourcenzentrierten Perspektive. Zukunftsweisende theoretische wie praktische Handlungsmöglichkeiten zur Verbesserung der Lebensqualität aller Beteiligten werden aufgezeigt.

Vorstellung des Erwachsenenbildungsprojekts

Ziel des im Oktober 2011 begonnenen Projekts ist die Entwicklung, Durchführung und Evaluation von Bildungsmaßnahmen zum Themenkomplex „Geistige Behinderung und Demenz“. Der Ort der Durchführung – Wohneinrichtungen der stationären Behindertenhilfe – ergibt sich aus dem Fakt, dass die heute alten Menschen mit Behinderung zum großen Teil bereits Bewohner von Einrichtungen der Behindertenhilfe sind, wo sie in geschlechts- und altersgemischten Wohngruppen leben. Der Ausbau der ambulanten Unterstützung wird hier zu veränderten Anforderungen in der Begleitung führen, und auch die große Zahl älterer Menschen, die bei hochaltrigen Eltern oder anderen Angehörigen leben, benötigt geeignete Angebote (vgl. Lindmeier 2011). Die große Zahl der Menschen in Wohngruppen und die besondere Situation der Mitbewohner demenziell erkrankter Menschen lassen es aber notwendig erscheinen, auch ihre Situation in den Blick zu nehmen.

Adressaten der Bildungsangebote sollen zum einen Mitarbeiter, zum anderen Mitbewohner mit geistiger Behinderung in stationären Einrichtungen der Behindertenhilfe sein, welche mit einer oder mehr

eren Personen mit Demenz(verdacht) in der betreffenden Gruppe oder Einrichtung zusammen arbeiten bzw. leben. Scheint die Durchführung von Bildungsmaßnahmen für Wohngruppenmitglieder nur begrenzt möglich, beispielsweise aufgrund von Mehrfachbehinderungen oder starken Beeinträchtigungen des Sprachverständnisses, so soll es auch möglich sein, in der gesamten Wohneinrichtung interessierte Bewohner als kompetente „Altersberater“ auszubilden, welche bei Problemlagen im Sinne von Konfliktlotsen hinzugezogen werden und als Experten zur Streitschlichtung beitragen können.

Arbeitsziel ist es, grundlegende, aufeinander bezogene Schulungsmaterialien für beide Personengruppen zu entwickeln. Durch qualitative Erhebungsmethoden wie fokussierte Interviews, Gruppendiskussionen sowie Beobachtungen sollen vorab die individuellen Wünsche, Bedarfslagen sowie Problemsichtweisen der jeweiligen Personengruppen ermittelt werden. Diese Bestandsaufnahme ist notwendig, um die Entwicklung der Bildungsmaßnahmen sowie deren Evaluation praxisnah und bedarfsbezogen zu gestalten. Unmittelbar sowie etwa vier bis sechs Monate nach Ende der Bildungsangebote werden ebenfalls mittels qualitativer Erhebungsmethoden mögliche Veränderungen in den Interaktionen und Bewältigungsstrategien der Beteiligten erhoben.

Bildungsprogramme für Mitarbeiter

Die Weiterbildung der Mitarbeiter in Einrichtungen der Behindertenhilfe soll über die Vermittlung von Wissen über demenzielle Prozesse und gängige Methoden von Demenzbegleitung hinausgehen,

denn obwohl der Krankheitsverlauf bei Menschen mit geistiger Behinderung im Vergleich zu Betroffenen der Allgemeinbevölkerung im Prinzip ähnlich verläuft, sind durch das zuvor erreichte, wesentlich niedrigere Fähigkeitsniveau andere und zum Teil schnellere Abbauprozesse zu beobachten. Dazu zählen beispielsweise ein früherer Verlust aktiver Sprache und von alltagspraktischen Fähigkeiten, so dass die vorhandenen Methoden angepasst werden müssen. Dies soll in Form von Inhouse-Schulungen geschehen, bei denen ein geeignetes Konzept, in Abstimmung mit bereits genutzten Methoden, in adaptierter Form vorgestellt wird. Dazu werden Schulungsmaterialien entwickelt, die über das Projekt hinaus verwendbar sind. Die Bildungsmaßnahmen für die Mitarbeiter orientieren sich dabei an bekannten Methoden der aktiven Personalentwicklung:

- Das bereits vorhandene Grundwissen der Beteiligten soll als Ressource in die Bildungsmaßnahmen Eingang finden. Die theoretischen Grundlagen für den Themenbereich „Geistige Behinderung, Alter, Demenz“ sollen durch Bildung ‚off the job‘, also außerhalb des Gruppengeschehens, geschaffen werden. Dies geschieht zum einen durch Konferenzmethoden, in welchen gemeinsam mit den Lernenden theoretische Inhalte bearbeitet werden. Zum anderen sollen anhand von Fallstudien Lösungswege unter der Berücksichtigung der individuellen Praxisrelevanz ermittelt werden (vgl. Jung 2008, 281ff).
- Die praktische Vertiefung und Anwendung des Gelernten erfolgt nach dem Modell des „Training on the job“ (Jung 2008, 282), in welchem durch konkretes Anleiten und gemeinsames Einüben von Handlungsstrategien konfliktträchtige Situationen im pädagogischen

Gruppenalltag erkannt und vermieden werden können. Diese Methode kann mit sehr guten Ergebnissen für arbeitsbezogene Lernprozesse eingesetzt werden, denn „individuelles Lerntempo sowie vorhandene Kenntnisse und Fähigkeiten können berücksichtigt werden. Die laufende Bestätigung der erzielten Lernfortschritte und die genaue Erklärung der Arbeitsvorgänge wirkt stark motivierend“ (vgl. Hentze 1994, 348f; zit. nach Jung 2008, 285f).

Einbezug der Mitbewohner

Der Fokus liegt jedoch in der Begleitung der Mitbewohner der demenziell erkrankten Personen. Analog zur Schulung von Mitarbeitern sollen auch die Mitbewohner der Betroffenen über die Demenzerkrankung informiert und im Umgang mit der erkrankten Person unterstützt werden. Andernfalls führen Unverständnis und Ärger über verändertes, unverständlich anmutendes Verhalten zu Konflikten im Zusammenleben und zu einer Beeinträchtigung des subjektiven Wohlbefindens. Mitbewohner wurden aber bisher in der Forschung zu Demenz und geistiger Behinderung nicht berücksichtigt. Eine Pilotstudie aus England zeigt aber sowohl, dass es zum Teil gravierende Schwierigkeiten im Zusammenleben gibt, als auch, dass die Vermittlung von Informationen zum Krankheitsbild gelingt und Strategien zum Umgang erfolgreich entwickelt sowie umgesetzt werden können (vgl. Lynggaard/Alexander 2004). Im vorgestellten Projekt werden diese Informationen und Strategien in regelmäßiger Kursform vermittelt. Diese Schulungsangebote für Mitbewohner können im begrifflichen Konstrukt von Empowerment verortet werden, denn die beteiligten Personen werden bei der Nut-

zung sowie Stärkung von individuellen Selbstverfügungskräften und Ressourcen unterstützt, um auftretende Problemlagen aktiv zu bewältigen. Ein selbstbestimmter Lernprozess wird angeregt, um eigene wie gruppenbezogene Stärken freizusetzen und nutzbar zu machen (vgl. Theunissen 2005, 2).

Der Einbezug der Menschen mit Behinderung zum Thema Demenz ist eine Neuerung im deutschsprachigen Raum. Es ist darauf zu achten, die Sitzungen übersichtlich und dem intellektuellen Potenzial der Teilnehmer angemessen zu gestalten. Dies kann mit Hilfe von Begrüßungs- und Abschiedsritualen, unter Verwendung von Visualisierungshilfen, Rollenspielen und praktischen Übungen geschehen (vgl. Lynggaard/Alexander 2004, 31ff). Ziel ist es zum einen, Verständnis und Empathie für die Menschen mit Demenz und deren Verhaltensweisen zu fördern. Zum anderen, die Entwicklung von individuellen Handlungsweisen und Strategien der Mitbewohner im Umgang mit der demenziell erkrankten Person zu unterstützen, um somit die Lebensqualität und das Wohlbefinden innerhalb der Einrichtung zu stärken.

Ausblick

Die Zunahme von alternden Menschen mit geistiger Behinderung und somit auch die steigende Anzahl von altersbedingten Erkrankungen wie Demenz erfordern das Beschreiten neuer Wege innerhalb der Einrichtungen der Behindertenhilfe. Bisher eher heilpädagogisch orientierte Fördermaßnahmen müssen mit dem neuen Anspruch vernetzt werden, Stillstand oder Abbau in den individuellen Fähigkeiten wertschätzend auszuhalten und zeitgleich ressourcenorientiert vorzugehen. Die Entwicklung,

Erprobung und Evaluation von auf diesen Personenkreis abgestimmten Handlungs- und Betreuungskonzepten ist von großer Bedeutung für die Erhaltung sowie Stärkung der Lebensqualität von Betroffenen, Mitarbeitern und Mitbewohnern.

Literatur

- ACKERMANN, A. / RUPPRECHT, R. (2004): Demenz bei geistiger Behinderung. In: Pro Alter 36, 2. Köln: Kuratorium Deutsche Altershilfe, 24-28
- BUCHKA, M. (2003): Ältere Menschen mit geistiger Behinderung: Bildung, Begleitung, Sozialtherapie. München
- BMA – Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.) (1998): Eingliederung Behinderter in der Bundesrepublik Deutschland. BMA, Referat für Öffentlichkeitsarbeit; Bonn
- BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2002): Vierter Altenbericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland: Risiken, Lebensqualität und Versorgung Hochaltriger - unter besonderer Berücksichtigung demenzieller Erkrankungen. Berlin / Bonn
- DING-GREINER, C. / KRUSE, A. (2004): Alternsprozesse bei Menschen mit geistiger Behinderung. In: Kruse, Andreas. Martin, Mike (Hrsg.). Enzyklopädie der Gerontologie. Alterungsprozesse in multidisziplinärer Sicht. Bern. 519-531
- FALK, J. (2004): Basiswissen Demenz. Lern- und Arbeitsbuch für berufliche Kompetenz und Versorgungsqualität. Weinheim / München
- FISHER, K. / KETTL, P. (2005): Aging with mental retardation. In: Geriatrics 60, 4; 26-29
- GUSSET-BÄHRER, S. (2006): Der Alterungsprozess bei Menschen mit geistiger Behinderung. Im Internet unter: <http://www.insieme.ch/pdf/Alter/GussetBaehrer.pdf> [08.07.2011]
- HAVEMAN, M. J. (1997): Alt werden mit geistiger Behinderung: Zur Epidemiologie von psychischen Störungen und Verhaltensstörungen. In: WEBER, G. / FRITSCH, A. (Hrsg.). Psychische Störungen bei älteren Menschen mit geistiger Behinderung. Bern 27-40
- HAVEMAN, M. J. / STÖPPLER, R. (2010): Altern mit geistiger Behinderung: Grundlagen und Perspektiven für Begleitung, Bildung und Rehabilitation. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage. Stuttgart
- JANICKI, M. et al. (1995): Alzheimer disease among persons with mental retardation: Final report. Albany, New York State Office of Mental Retardation and Developmental Disabilities
- JUNG, H. (2008): Personalwirtschaft. 8., aktualisierte und überarbeitete Auflage. München
- LINDMEIER, B. (2011): „Ältere Menschen wohnen doch alle im Wohnheim!“ Zur Situation älterer Menschen mit geistiger Behinderung im Elternhaus. In: VHN 80, 7-18
- LINGG, A. / THEUNISSEN, G. (1999): Menschen mit geistiger Behinderung und Demenz. In: Dies. (Hrsg.). Wohnen und Leben nach der Enthospitalisierung. Perspektiven für ehemals hospitalisierte und alte Menschen mit geistiger und seelischer Behinderung. Bad Heilbrunn, 226-253
- LYNGGAARD, H. / ALEXANDER, N. (2004): “Why are my friends changing?” Explaining dementia to people with learning disabilities. In: British Journal of Learning Disabilities; Vol. 30. Blackwell Publishing, 30-34
- MOSS, S. (1997): Neuere psychodiagnostische Verfahren zur Erfassung psychischer Störungen älterer Menschen mit geistiger Behinderung. In: Weber, G. / Fritsch, A. (Hrsg.): Psychische Störungen bei älteren Menschen mit geistiger Behinderung. Bern, 41-65
- THEUNISSEN, G. (2005): Empowerment als Handlungsorientierung für die Arbeit mit schwerstbehinderten Menschen. Bundesvereinigung Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung e.V., Marburg. Im Internet unter: http://www.lebenshilfe-aktiv.de/wDeutsch/aus_fachlicher_sicht/downloads/Theunisse-Empowerment.pdf [08.07.2011]

*Prof. Dr. phil. Bettina Lindmeier
Universität Hannover
Abteilung Allgemeine und Integrative
Behindertenpädagogik
Schlosswender Straße 1
30159 Hannover
bettina.lindmeier@ifs.phil.uni-hannover.de*

*Dipl. Päd. Heike Lubitz
Wissenschaftliche Mitarbeiterin
Universität Hannover
Abteilung Allgemeine und Integrative
Behindertenpädagogik
Schlosswender Straße 1
30159 Hannover
heike.lubitz@ifs.phil.uni-hannover.de*

„Neue Wege entstehen beim Gehen“

Umweltassistenten im Einsatz – Kooperation zwischen Lebenshilfe und NABU Bremervörde

Erika Hillmann



Ein Markenzeichen von Bernd Siewert ist sein blaues T-Shirt, auf dem in großen weißen Buchstaben das Wort „Umweltassistent“ prangt. Wenn er morgens dieses T-Shirt überstreift, dann wird der Tag ihm ganz besondere Aufgaben abverlangen. Er holt sein Fahrrad aus dem Unterstand und macht sich auf den Weg zu seinem Einsatzort in der Umweltpyramide oder in das Alte Forsthaus im Vorwerk. Bernd ist leidenschaftlicher Umweltschützer. Einen großen Teil seiner Freizeit widmet er seiner ehrenamtlichen Tätigkeit beim NABU (Naturschutzbund) in Bremervörde. Seit einiger Zeit ist er dort auch als Umweltassistent tätig.

Nun muss man wissen, dass Bernd Siewert hauptberuflich als Beschäftigter der Lebenshilfe Bremervörde/Zeven verschiedene Aufgaben in der Garten- und Landschaftspflege ausführt. Mit diesem Arbeitsgebiet hat er sich identifiziert und seine dortigen Aufgaben geben ihm Erfüllung und Bestätigung. Trotzdem hat er vor einigen Jahren den Sprung in einen neuen, ungewöhnlichen Aufgabenbereich gewagt.

Die Vorgeschichte

Die Stadt Bremervörde liegt zwischen Elbe- und Wesermündung in einer landwirtschaftlich geprägten Region. Die örtliche Jugendherberge bot jahrelang unzähligen Schulklassen, die das attraktive Umweltbildungsangebot von Stadt, NABU und Landesforsten bei ihren Klassenfahrten nutzten, eine gemütliche Unterkunft. Das „Grüne Klassenzimmer“

„Welt der Sinne“, der Natur- und Erlebnispfad der NABU Umweltpyramide und das Haus des Waldes bildeten viel beachtete Anziehungspunkte für die Gäste – bis 2003 die alte Jugendherberge geschlossen wurde.

Auf der Suche nach einem adäquaten Ersatz fanden sich neue Kooperationspartner, als da sind die Stadt Bremervörde, Lebenshilfe Bremervörde/Zeven und die NABU-Umweltpyramide. Nach einer umfangreichen Findungs- und Planungsphase entstand dabei 2007 das Ostel Jugendhotel, ein modernes, freundliches, gut ausgestattetes Gäste- und Seminarhaus, eingebettet in viel Grün. Damit ist ein Ort entstanden, der Jung und Alt gleichermaßen anspricht. Viele Familien, Einzelreisende und Gruppen kommen mittlerweile und erleben es als Ort für Begegnungen und Bildungsarbeit. Das Haus ist barrierefrei in jeglicher Hinsicht. Von Beginn an gehören auch integrative Arbeitsplätze in den Bereichen Rezeption, Küche und Hauswirtschaft zum Konzept.

Die Idee

Von Anfang an wurde es als selbstverständlich gesehen, dass dieses Haus zur Belebung der Bildungslandschaft für Menschen mit Beeinträchtigungen als wichtiger Schritt zu deren gesellschaftlicher Teilhabe beitragen soll. Die Lebenshilfe gründete einen eigenen Bildungsbereich, das Bildungsnetz, um dem Bedarf nach Bildung für erwachsene Menschen gerecht zu werden. Es erscheint jährlich

ein umfangreiches Programmheft mit vielfältigen Angeboten für Menschen mit Unterstützungsbedarf, eine Auswahl an Freizeitwochen mit individueller Begleitung bzw. Betreuung nach Bedarf sowie ein Fortbildungsangebot für Fachpersonal in Betreuungseinrichtungen. Der Anspruch auf Teilhabe wird hier gelebt und ständig weiter vorangetrieben.

Bereits in der Planungsphase entstand bei den Partnern Lebenshilfe und NABU die Idee, mit Unterstützung der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) ein Förderprojekt für ein dauerhaftes und breites Angebot für Umweltbildung aufzubauen für Menschen mit und ohne Behinderungen. Insbesondere durch mehrtägige und möglichst ganzheitliche Programme soll damit das Naturverständnis vertieft, durch integrative Ansätze das Zusammenführen von behinderten und nichtbehinderten Menschen gefördert und auch behinderte Menschen ausbildet werden, um diese als Multiplikatoren bei den Programmen einzusetzen.

Berücksichtigung fand dabei, dass die Sozialisation von Menschen mit geistiger Behinderung sich oftmals vor dem Hintergrund latenter Abhängigkeit von nicht behinderten Personen vollzieht. Die dabei erworbene Grundhaltung behinderter Menschen ist häufig geprägt durch die überlagernde Präsenz von Mangelbewusstsein und die Erfahrung des nicht Genügens. Mit dem Aufbau eines Systems von behinderten Multiplikatoren wird an den vorhandenen Potenzialen behinderter Menschen angeknüpft und ein Modell entwickelt, in welchem sie sich in der Rolle kompetenter Partner bei der Vermittlung von Erkenntnissen und Erfahrungen erleben.

Durch die systematische Ausbildung von Multiplikatoren wird die Möglichkeit geschaffen, behinderte Teilnehmer aus der Region soweit zu fördern, dass

sie mittelfristig in der Lage sind, in Seminaren ihre Erfahrungen praktisch weiterzugeben und so die Arbeit der pädagogischen Fachkräfte zu unterstützen. In der NABU-Umweltpyramide war aufgrund bereits gemachter Erfahrungen davon auszugehen, dass die Einbeziehung behinderter Multiplikatoren als projektbezogene Fachexperten die inhaltliche Arbeit bereichern und behinderten Menschen den Weg zu einer kreativen Tätigkeit von hoher sozialer Akzeptanz öffnen würde.

Durch den praktischen Einsatz bei der Vermittlung von Kenntnissen und Erfahrungen an behinderte wie nicht behinderte Teilnehmer besteht im Ansatz die Möglichkeit, das latente Abhängigkeitsverhältnis behinderter Teilnehmer zu überwinden und im Sinne gleichberechtigten Agierens zwischen gleichwertigen Partnern aufzuheben. In der Zusammenarbeit mit Regelschulklassen eröffnet das Multiplikatoren-System Schulkindern die Möglichkeit, behinderte Menschen vorrangig als Persönlichkeiten mit Kenntnissen und Erfahrungen kennenzulernen.

Die Ausbildung

Die Kooperationspartner entwickelten ein Ausbildungskonzept, dass sich an den Gegebenheiten und Erfordernissen von Teilnehmern und Aufgabenfeldern orientierte. An der Durchführung der gemeinsam getragenen Fortbildung, durch neuen Erkenntnisgewinn immer wieder angepasst und variiert, nahmen insgesamt neun interessierte Beschäftigte der Lebenshilfe Bremervörde/Zeven teil. In 45 Unterrichtsstunden, unterteilt in Theorie und Praxis, erwarben sie sich die nötigen Kenntnisse für die Bewältigung ihrer neuen Aufgaben. Neben den verschiedenen Ausbildungseinheiten über Kom-

munikation, Gätekunde, Umgang mit den vorhandenen Materialien und den Inhalten zu den einzelnen Themenführungen erwarben sie vor allem Sicherheit in der neuen Rolle, lehrende Aufgaben zu übernehmen. Sie gefielen sich zunehmend darin und verspürten große Freude, an den ihnen bislang verborgenen gebliebenen Fähigkeiten. Vor einer kleinen Prüfungskommission praktizierten sie im Anschluss ihr Auftreten als Umweltassistenten und erfuhren große Anerkennung.

Eine wissenschaftliche Begleitung des Assistenteneinsatzes durch die Leibniz-Universität Hannover belegte die positiven Auswirkungen von Ausbildung und Einsatz für die Lebensgestaltung der Teilnehmer (vgl. Ostel 2010).

Umsetzung in der Praxis

Was als ungewöhnliche Idee im Rahmen des DBU-Förderprojektes begann, hat sich zu einer festen Konstante in den Schulklassenprogrammen der NABU-Umweltpyramide entwickelt. Die Umweltassistenten sind als tatkräftige Unterstützung des Programmleiters nicht mehr wegzudenken. Die Schüler und ihre Lehrer sind begeistert und die Assistenten freuen sich über die abwechslungsreiche Aufgabe außerhalb ihrer Werkstatt.

Bernd Siewert leitet mittlerweile – wie auch die übrigen Umweltassistenten – bei den Schulklassenprogrammen „Indianer auf dem Naturpfad“ und „Leben in der Steinzeit“ eigenständig eine der Arbeitsstationen an. Bevor er sich den Besuchergruppen vorstellt, hat er bereits die einzelnen Stationen mit Materialien wie Lehm, Wasser, Becherlupe, Farben, Bestimmungskarten usw. versorgt. Dann übernimmt er seine Themenstation

und erläutert den Besuchern die Bedeutung der verschiedenen Experimente. Er erklärt die Handhabung der Werkzeuge ebenso wie die Eigenschaften der zu verwendenden Materialien. Anschließend unterstützt er die Teilnehmer bei der Durchführung und sorgt mit dafür, dass sich bei den Teilnehmern ein Erfolgserlebnis einstellen kann. Nach dem Ende der Veranstaltung wird aufgeräumt, gereinigt und der Bestand kontrolliert. Abschließend erfolgt eine Abschlussbesprechung im Team.

Bernd Siewert hat gelernt, die im Rahmen seiner Ausbildung geschulten Fähigkeiten und deren Entwicklung durch regelmäßige Besprechungen zu reflektieren. Somit verfügt er über die Entscheidungskompetenz, um die an ihn herangetragenen Aufgaben anzunehmen oder ggf. abzulehnen. Bernd Siewert weiß seine Tätigkeit selbstbewusst einzuschätzen. Er erfährt durch die Besuchergruppen einen großen Zuspruch. Und es erfreut ihn, wenn die Umweltassistenten in der örtlichen Presse Erwähnung finden. „Manchmal werde ich von fremden Menschen angesprochen, die mein Bild in der Zeitung gesehen haben. Sie gratulieren mir zu meiner Aufgabe und freuen sich mit mir“.

Literatur

OSTEL (Hrsg.) (2010): Zur Nachahmung empfohlen. Bildungsarbeit mit Menschen mit Beeinträchtigung im Ostel Jugendhotel Bremervörde. Online unter: <http://www.lebenshilfe-bremervoerde.de/startseite.html> [18.09.2011]

*Erika Hillmann
Leitung Bildungsnetz der Lebenshilfe
Bremervörde/Zeven
Industriestrasse 2
27432 Bremervörde
hillmann@lebenshilfe-bremervoerde.de*

Erwachsenenbildung: Wo geht es hin?

Bericht zum Volkshochschultag¹

Es ist schon sehr beeindruckend, Teilnehmer einer Bildungsveranstaltung zu sein, die von insgesamt rund 1500 Interessierten besucht wird. Der Deutsche Volkshochschultag – in diesem Jahr zum 13. Mal veranstaltet – bringt alle fünf Jahre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – vor allem die Verantwortlichen aus den weit über 900 Volkshochschulen in Deutschland – zusammen, um Aktuelles aus dem Bereich der Erwachsenenbildung zu diskutieren. Der diesjährige XIII. Deutsche Volkshochschultag geht auch deshalb in die Geschichte der Volkshochschulbewegung ein, da an ihm eine neue Standortbestimmung über die Volkshochschularbeit in Deutschland verabschiedet wurde.² Dieses Vorhaben verdient eine besondere Beachtung, da ein ähnliches Papier zuletzt aus dem Jahre 1978 stammt. Die damalige Broschüre „Stellung und Aufgabe der Volkshochschule“ war nicht nur wegen der zwischenzeitlich stattgefundenen grundsätzlichen Veränderungen in Deutschland in Folge der Wiedervereinigung in die Jahre gekommen. Sie war vor allem auch aufgrund ihrer Botschaften und damit zentralen Positionen überholungsbedürftig.

„Bildung in öffentlicher Verantwortung“

Der Titel des für die Volkshochschulen Weg weisenden neuen Papiers war inhaltlich und Struktur gebend gleichsam auch Muster für die Gestaltung des XIII. Deutschen Volkshochschultages: „Die Volkshochschule – Bildung in öffentlicher Verantwortung“. Dieser besonders

auch als Selbstverpflichtung zu sehende allgemeine Auftrag spiegelte sich in den Vorträgen und Foren des Volkshochschultages wider. Und der Auftrag bekam deutlich gesellschaftliche und politische Unterstützung und somit Rückendeckung durch die Beiträge³ des Bundespräsidenten Christian Wulff, der Bundesministerin Prof. Dr. Annette Schavan, des Präsidenten der Kultusministerkonferenz Minister Dr. Bernd Althusmann und des Berliner Senators für Bildung, Wissenschaft und Forschung Prof. Dr. E. Jürgen Zöllner. „Bildung in öffentlicher Verantwortung“ ließ sich u. a. in der Themenvielfalt der veranstalteten sechs Foren⁴ erkennen:

- Forum 1: Bildung – Schlüssel zur Integration von Menschen, Kulturen und Milieus
- Forum 2: VHS 21 – Bürgerbeteiligung als Kraftquelle der Demokratie
- Forum 3: Bildungskluft und Altersfalle? - Lebenslanges Lernen im digitalen Zeitalter
- Forum 4: Unser Rezept gegen Fachkräftemangel: Allgemeine und berufliche Bildung
- Forum 5: Nach Kyoto und Cancun: Wie verändern wir unseren Lebensstil?
- Forum 6: Lokale Verantwortungsgemeinschaft Bildung

Und bei einer derartigen thematischen Systematisierung kommt ein Veranstalter nicht umhin, die Betrachtung der einzelnen Schwerpunkte über eine Innensicht der aktiven Volkshochschulen hinaus vorzunehmen und dabei besonders auch mit Diskussionspartnern u. a. aus gesellschaftlichen, politischen, kulturellen und religiösen Systemen und Bezügen kritisch zu bearbeiten. Dieser Herausforderung

Werner Schlummer



hat sich der größte europäische Weiterbildungskongress in Berlin gestellt – und er hat sie mit Bravour gemeistert und damit verdeutlicht, wohin sich Erwachsenenbildung entwickeln muss.

Impulse in und aus den Foren

Zwei Beispiele aus dem Spektrum der Foren sollen dies verdeutlichen.

- Dr. Richard David Precht, als Philosoph und Publizist in den letzten Jahren gern gesehener Diskutant bei unterschiedlichen Veranstaltungen, war Impulsgeber und aufgrund seiner Thesen zugleich auch Provokateur im Forum 2, das sich mit dem Thema „Bürgerbeteiligung als Kraftquelle der Demokratie“ befasste. Seine Forderungen nach der Selbstverständlichkeit von Ehrenamt und sozialem Engagement in Zeiten leerer Kassen formulierte er in Richtung einer Bringschuld der Bürgerinnen und Bürger gegenüber der Gesellschaft und einem Sozialstaat, der mehr und mehr in Handlungsschwierigkeiten gerate. Bezogen auf die Übernahme von Bildungsverantwortung redete er in diesem Sinne durchaus auch einer stärkeren Privatisierung des Bildungsengagements das Wort. Notwendigkeiten der Veränderung leitete Precht auch ab von seiner Einschätzung, dass die klassischen Weiterbildungseinrichtungen nicht zukunftsorientiert und zu wenig an den Bedürfnissen der Gesellschaft orientiert seien. Mit derartigen Formulierungen forderte er im Kreis der Podiumsgäste u. a. Thomas Krüger, den Präsidenten der Bundeszentrale für politische Bildung, zur Gegenrede heraus. Krüger konnte Beispiele gelungener politischer Bildung mit neuen Themen und im Rahmen alternativer Angebotsformen in klassischen Bil-

dungseinrichtungen aufzeigen. Durch Prechts Ausführungen herausgefordert wurde auch MdB Dr. Ernst Dieter Rossmann, Vorsitzender des Deutschen Volkshochschul-Verbandes. Er unterstrich vor allem die Notwendigkeit einer durch den Staat grundlegend finanzierten Bildung.

- Der besonderen Bezug zu bestehenden oder zu entwickelnden kommunalen Netzwerken stand im Mittelpunkt von Forum 6 „Lokale Verantwortungsgemeinschaft Bildung“. Die beteiligten Podiumsgäste schälten durch ihre Beiträge heraus, dass vor einer unreflektierten Entgrenzung der Volkshochschulen in kommunale Bildungsnetzwerke zu warnen sei. Zwar müssten in der Zukunft aktive, vor allem aber professionelle Partnerschaften zwischen Volkshochschulen und anderen Institutionen und Organisationen im kommunalen Verbund intensiviert werden. Dabei läge allerdings bei der Volkshochschule als einem besonderen Kompetenzzentrum für erfolgreiches Lernen mit Erwachsenen eine zentrale Dienstleistungs- und Innovationskompetenz für die Weiterentwicklung der kommunalen Bildungslandschaft. In diesem Sinne fassten die beiden Moderatoren des Forums – Dr. Wolfgang Eckart, Leiter des Bildungszentrums Nürnberg, und Prof. Dr. Klaus Meisel, Managing Director der Münchener Volkshochschule – Ergebnisse aus der Podiumsdiskussion dieses Forums zusammen. Aus Sicht der beiden Volkshochschulverantwortlichen ließen sich innovative Bildungsoffensiven auf der Basis der pädagogischen Professionalität der Volkshochschulen realisieren. In diesen Entwicklungsprozessen würden aber auch zukünftig die Volkshochschulen als eigenständige Orte in einer kommunalen Bildungslandschaft identifizierbar bleiben.



Mit einem Gemeinschaftsstand auf dem Deutschen Volkshochschultag vertreten: das Berliner Aktionsbündnis ERW-IN – Erwachsenenbildung inklusiv – und die Gesellschaft Erwachsenenbildung und Behinderung. Foto: E. Ditschek

¹ Weitere Informationen zum XIII. Deutschen Volkshochschultag am 12. und 13. Mai 2011 in Berlin stehen im Internet unter: www.volks hochschultag.de/dokumentation

² Eine erste kritische Würdigung des Entwurfs zur Standortbestimmung war im letzten Heft der ZEuB vorgenommen – vgl. Schlummer (2011): Grundsätzlich der richtige Weg. Zum Grundsatzpapier des Deutschen Volkshochschulverbandes. In: Erwachsenenbildung und Behinderung 1/2011, 34-36

³ Auszüge dieser Beiträge finden sich auch in der Zeitschrift *dis.kurs – Das Magazin des Deutschen Volkshochschul-Verbandes* e. V. 2/2011.

⁴ Auch hierzu finden sich zusammenfassende Erläuterungen in der Zeitschrift *dis.kurs – Das Magazin des Deutschen Volkshochschul-Verbandes* e. V. 2/2011.

*Dr. phil. Werner Schlummer
Universität zu Köln
Humanwissenschaftliche Fakultät
Department Heilpädagogik und
Rehabilitation
Arbeitsbereich Geistigbehinderten-
pädagogik
Klosterstraße 79 b
50931 Köln
werner.schlummer@uni-koeln.de*

Mit Inklusion zu neuen Ufern

Fachtagung „Inklusive Erwachsenenbildung“ an der Humboldt-Universität zu Berlin am 13. und 14. Mai 2011*

Eduard Jan Ditschek



Werner Schlummer



Prof. Dr. Klaus Meisel musste sich beeilen. Als Redakteur des neuen Grundsatzpapiers der deutschen Volkshochschulen hatte der Managementdirektor der Münchener Volkshochschule mit einer fulminanten Rede die Schlussveranstaltung des XIII. Deutschen Volkshochschultages unter dem Motto „Auf zu neuen Ufern!“ eingeleitet. Nur wenig später stand er als erster Hauptredner auf dem Podium der Fachtagung „Inklusive Erwachsenenbildung“ vor über 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus Kreisen der Behindertenhilfe, der Rehabilitationswissenschaft und der allgemeinen Erwachsenenbildung. In seiner Rede ließ Klaus Meisel keinen Zweifel daran, dass inklusive Erwachsenenbildung zu den „neuen Ufern“ gehört, die in den nächsten Jahren angesteuert werden müssen. Er konnte sich dabei auf die aktualisierte VHS-Standortbestimmung berufen. Gleich im Einleitungskapitel des Grundsatzpapiers wird darauf hingewiesen, dass heute neben Emanzipation und Partizipation die Begriffe „Integration und Inklusion“ zu „Leitwerten“ der Volkshochschularbeit geworden sind.

Ein Leitprojekt für Inklusion

Der Termin der Fachtagung „Inklusive Erwachsenenbildung“ direkt im Anschluss an den XIII. Deutschen Volkshochschultag war bewusst gewählt, um die Herausforderungen zu verdeutlichen, die sich bei der Umsetzung des Auftrags aus der UN-Behindertenkonvention von

2006 – nach der Ratifizierung durch die Bundesregierung seit 2009 in Deutschland verbindlich – für die Erwachsenenbildung ergeben. Die Fachtagung an der Humboldt-Universität machte mit Vorträgen und Präsentationen deutlich, welche Voraussetzungen gegeben sein müssen, wenn auch Menschen mit schweren und mehrfachen Behinderungen in das System der Erwachsenenbildung integriert werden sollen.

Klaus Meisel beschrieb eindringlich die finanziellen, organisatorischen und personellen Rahmenbedingungen und hob hervor, dass gelebte Inklusion zuallererst eine positive Haltung zu Menschen mit Behinderung voraussetzt. Nicht zuletzt bei den Lehrenden ist eine besondere Sensibilität und zusätzliche Qualifizierung gefragt. Meisel betonte, dass Inklusion in die Organisationsentwicklung der Volkshochschulen integriert werden muss, und plädierte in diesem Zusammenhang für ein von Wissenschaft und Praxis gemeinsam initiiertes und getragenes Leitprojekt, das im Rahmen von Öffentlichkeitsarbeit intensiv begleitet werden sollte, um die dringend erforderliche Auseinandersetzung mit dem Inklusionsgedanken in den Volkshochschulen und in den Kommunen zu befördern.

Wir fangen nicht bei Null an

Dass einzelne Volkshochschulen bereits auf erfolgreiche Projekte verweisen können, wurde im Verlauf der Fachtagung deutlich. Die Volkshochschulen

Nürnberg, München, Ulm, Kaiserslautern, Kassel und Berlin-Mitte waren mit Good-Practice-Präsentationen vertreten. Das vom Deutschen Volkshochschulverband mit entwickelte Computerlernspiel „Winterfest“ wurde als pädagogisches Werkzeug vorgestellt, das auch in der Bildungsarbeit mit Menschen mit Behinderung erfolgreich eingesetzt werden kann. Die Bergische Volkshochschule Solingen-Wuppertal informierte über das Kursleiterhandbuch „FOCAL“ (Fostering Creativity in Adult Learners with Disabilities through Arts), das im Rah-



Zum Auftakt der Tagung: Prof. Dr. Klaus Meisel skizziert Aspekte einer inklusiven Erwachsenenbildung.

men eines internationalen EU-Projektes entwickelt wurde.

Am Nürnberger Bildungszentrum wurde schon 1974 ein eigener Fachbereich für Erwachsenenbildung mit Menschen mit Behinderung eingerichtet. Michael Galle-Bammes, der derzeitige Fachbereichsleiter, konnte von einer beeindruckenden Vielfalt von inklusiven Bildungsangeboten und zielgruppenspezifischen organisatorischen Maßnahmen zur Verwirklichung von Barrierefreiheit berichten. Und doch bekannte auch er sich zu den „Grenzen von Inklusion in der Erwachsenenbildung“, die den eingeschränkten finanziellen Möglichkeiten geschuldet sind, die sich aber auch aus dem Recht der Menschen mit Behinderung auf zielgruppenspezifische Angebote ergeben, die explizit und „exklusiv“ für sie eingerichtet werden.

VHS und Behindertenhilfe als Partner

Aus dem Dilemma der Ressourcenknappheit könnten Kooperationsprojekte, bei denen die Volkshochschulen an den Finanzierungsmodalitäten der Behindertenhilfe partizipieren, ein Ausweg sein. Die Fachtagung selbst war dafür ein gutes Beispiel. Durch die Kooperation von Humboldt-Universität zu Berlin, Katholischer Hochschule für Sozialwesen Berlin, Gesellschaft Erwachsenenbildung und Behinderung e. V., Lebenshilfe Berlin und Volkshochschule Berlin Mitte flossen materielle Ressourcen und vielfältiges Know-how bei der Vorbereitung und Durchführung der Veranstaltung zusammen, was auch in der programmativen Vielfalt zum Ausdruck kam.

Neben Workshops mit Beispielen guter Praxis bot die Tagung Kurse in Leichter Sprache, in denen Bildungsthemen wie Erwachsensein, Gesundheit oder auch Alphabetisierung behandelt wurden.

Gemeinsam erstellten Teilnehmer mit und ohne Behinderung einen Tagungsfilm zum Motto „Teilhabe“. In diesem Kurs waren die Teammitglieder als „Inklusive Reporter“ mit der Kamera unterwegs. Zu den zentralen Plenumsangeboten gehörte ferner der Vortrag der Tübinger Wissenschaftlerin Dr. Nicole Becker, die unter dem Thema „Wissen übers Lernen“ eine kritische Bestandsaufnahme der pädagogischen Rezeption neurowissenschaftlicher Erkenntnisse präsentierte. Der abschließende Vortrag von Prof. Dr. Christian Lindmeier, Universität Koblenz-Landau, war ganz auf die aktuelle Diskussion rund um die UN-Behindertenrechtskonvention ausgerichtet. Am Beispiel von Rheinland-Pfalz machte er deutlich, wie Leitlinien inklusiver Erwachsenenbildung in die

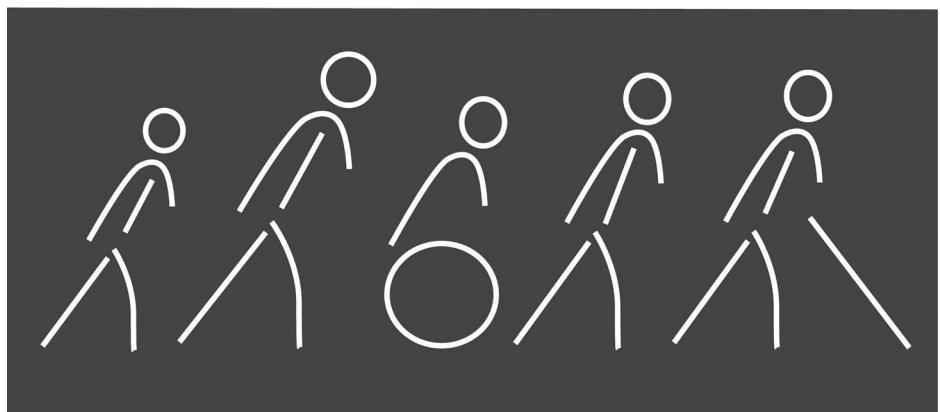
Weiterbildungsgesetze der Bundesländer Eingang finden könnten.

Für das Organisationsteam der Fachtagung betonten die beiden Moderatoren, Prof. Dr. Karl-Ernst Ackermann (Humboldt-Universität) und Prof. Dr. Reinhard Burtscher (Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin), die Notwendigkeit und Fruchtbarkeit der Kooperation von Heil- bzw. Rehabilitationspädagogik, Erwachsenenbildung und Behindertenhilfe. Aus dieser Verbindung lässt sich möglicherweise ein pädagogisches Kapital schlagen, das allen von Exklusion bedrohten Lernwilligen zu Gute kommt. Diesen Tenor unterstrich auch das Grußwort von Prof. Dr. Rita Süßmuth, die als Präsidentin des Deutschen Volkshochschul-Verbandes die Schirmherrschaft der Fachtagung „Inklusive Erwachsenenbildung“ übernommen hatte.

** Der vorliegende Beitrag wurde erstmalig veröffentlicht in der Zeitschrift *dis.kurs – Das Magazin des Deutschen Volkshochschul-Verbandes e. V.* 2/2011, 18-19. Für diese Veröffentlichung wurde er geringfügig überarbeitet.*

*Dr. Eduard Jan Ditschek
Erwachsenenbildner und bis Ende 2010
Leiter der Volkshochschule Berlin-Mitte*

*Dr. Werner Schlummer
Wissenschaftlicher Mitarbeiter im
Arbeitsbereich Geistigbehinderten-
pädagogik
an der Universität zu Köln*



Veranstaltungshinweise

ConSozial 2011

Soziale Nachhaltigkeit – wer erzieht, pflegt und hilft morgen?

13. Fachmesse und Congress des Sozialmarktes
2. - 3. November 2011, Messezentrum Nürnberg
Weitere Informationen:
www.consozial.de

In der Gesellschaft

Fachkongress der Lebenshilfe 2011
10. - 11. November 2011, Maritim Hotel, Berlin
Weitere Informationen:
www.lebenshilfe-fachkongress.de

Leben lernen – Inklusiv weiterbilden

Inklusion und Teilhabe: Eine Herausforderung für die Unterstützung von Menschen mit geistiger Behinderung und hohem sozialen Integrationsbedarf
18. - 19. November 2011, Martinsclub Bremen, Bremen
Weitere Informationen:
<http://martinsclub.de/veranstaltungen/tagungen.html>

Inklusion und Teilhabe

Eine Herausforderung für die Unterstützung von Menschen mit geistiger Behinderung und hohem sozialen Integrationsbedarf

22. - 23. November 2011, Mercatorhalle, Duisburg
Weitere Informationen:
www.fachtagung-2011-hph-netzwerk.lvr.de

Gemeinsame Wege

Inklusion als Anspruch und Auftrag der Heilpädagogik

45. Bundesfachtagung des BHP (Berufsverband der Heilpädagogik)
25. - 27. November 2011, Urania Berlin e. V., Berlin
Weitere Informationen:
www.heilpaedagogikwirkt.de

didacta - Die Bildungsmesse

14. - 18. Februar 2012, Deutsche Messe Hannover, Hannover

Weitere Informationen:

www.didacta.de

Bildung und Arbeit – Interdisziplinäre Tagung Leben pur 2012 Zur Situation von Erwachsenen mit schweren und mehrfachen Behinderungen: Schule aus – was nun?

1. Termin: 9. - 10. März 2012, Holiday Inn, München

2. Termin: 27. - 28. April 2012, Leben mit Behinderung Hamburg, Hamburg

Im Vorfeld der Tagung ist der Förderpreis Leben pur 2012 ausgeschrieben.

Thema: Bildung und Arbeit von Menschen mit schwersten Behinderungen. Einsendeschluss ist der 30. November 2011

Weitere Informationen:

<http://stiftung-leben-pur.de/>

23. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft

12. - 14. März 2012, Universität, Osnabrück

Weitere Informationen:

www.dgfe2012.de

Ohne Bildung keine Teilhabe – von der frühen Kindheit bis ins hohe Alter

79. Deutscher Fürsorgetag 2012

Kongress des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e. V.

8. - 10. Mai 2012, Hannover Congress Centrum, Hannover

Weitere Informationen:

www.deutscher-verein.de/07-termine/deutscher-fursorgetag/

Buchbesprechung

„Leben so wie Du und Ich“

Deutsche Heilpädagogische Gesellschaft (Hrsg.): Leben so wie Du und Ich. Wege zur Teilhabe in der Gemeinde und Gesellschaft von Menschen mit geistiger Behinderung und hohem Unterstützungsbedarf. DHG-Schriften 16, 2011, 112 S.; Eigenverlag DHG; 10,00 Euro

Projekte zu den Themen „Leben so wie Du und Ich – Wege zur Einbindung in die Gemeinde“ und „Teilhabe ist unteilbar! Teilhabemöglichkeiten von Menschen mit geistiger Behinderung und herausforderndem Verhalten“ stellt eine neue Publikation der Deutschen Heilpädagogische Gesellschaft (DHG) vor. Die Projekte beschreiben unterschiedliche Aktivitäten in den Lebensfeldern Wohnen, Arbeit und Beschäftigung, Freizeit und Bildung. Hintergrund dieser Publikation sind die 2008 und 2010 ausgelobten DHG-Preise, mit denen zukunftsweisende Projekte zur Unterstützung von Erwachsenen mit geistiger Behinderung und hohem Unterstützungsbedarf gesucht wurden. Der nun erschienene Band anlässlich des 20-jährigen Bestehens der DHG enthält Darstellungen der prämierten Projekte und weiterer eingereichter Initiativen. Er verdeutlicht damit, welche vielfältigen Möglichkeiten es gibt, Hilfen nach den Bedürfnissen und Wünschen ihrer Nutzer und Nutzerinnen auszurichten, eine Verbesserung der gesellschaftlichen Teilhabe zu ermöglichen und dabei eine sozialräumliche Orientierung sowie Inklusion bzw. soziale Integration zu realisieren. Ein Buch, das durch seine Vielfalt auch Anregungen für die praktische Erwachsenenbildung liefert.



Bezugsquelle:
Deutsche Heilpädagogische Gesellschaft e. V.
Am Schulzentrum 9-11
52428 Jülich
www.dhg-kontakt.de

Das Persönliche Geld

Mensch zuerst. Netzwerk People First Deutschland e. V. / Deutsches Rotes Kreuz / Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (Hrsg.): Das Persönliche Geld. Infos in Leichter Sprache. Heft 1-8. 2010, 250 S.; Eigenverlag Mensch zuerst – Netzwerk People First Deutschland e. V.; 19,50 Euro

Der Vormarsch der Leichten Sprache scheint unaufhaltsam. Auch bei politischen Wahlen bringen heute Parteien ihr Wahlprogramm in Leichter Sprache heraus. „Sie ist zum Symbol dafür geworden, dass Menschen mit geistiger Behinderung „mitgedacht werden“, schreiben Klaudia Erhardt und Katrin Grüber in ihrem Buch „Teilhabe von Menschen mit geistiger Behinderung am Leben in der Kommune“ (Lambertus Verlag 2011, S. 69 f.).

Dies gilt es festzustellen, auch wenn das Konzept der Leichten Sprache nicht unumstritten ist, wie diese Autorinnen und andere ebenfalls unterstreichen.

Wird allerdings Material direkt für den Personenkreis Menschen mit geistiger Behinderung oder Menschen mit Lernschwierigkeiten erstellt, scheint der eingeschlagene Weg nicht mehr ohne Leichte Sprache begehbar zu sein. Das Thema Persönliches Budget ist ein solches Thema, das sich vor allem an Menschen mit Behinderung wendet. Und hierzu liegt ein neuer Materialienband vor, der von Mensch zuerst – Netzwerk People First Deutschland e. V., dem Deutschen Roten Kreuz und der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg herausgegeben wurde.

Ein Team der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg um Prof. Dr. Georg Theunissen hat an der Entwicklung und Realisierung des Projektes mitgewirkt. Entstanden ist ein Ordner mit 8 Heften, die das Thema „Das Persönliche Geld – Infos in Leichter Sprache“ systematisieren. Neben grundlegenden Infos und



rechtlichen Erläuterungen geht es um den Antrag, das Gespräch im Rahmen der Hilfeplan-Konferenz, den Vertrag und den Bescheid.

Die in der typischen Methode der Leichten Sprache aufbereiteten Informationen bilden einen Fundus für die Bearbeitung des Themas im Rahmen von Erwachsenenbildungs-Angeboten. Praxisnah ist auch Heft 7 – Das Wörterbuch. In ihm werden die wesentlichen „schweren Wörter“ in Sachen Persönliches Budget prägnant und gut verständlich aufbereitet und systematisiert. Können Sie zum Beispiel einem anderen Menschen erklären, was ein Bedarfs-Feststellungs-Verfahren ist? In Heft 7 des Ordners finden Sie eine eindeutige und verständliche Darstellung. Alles in allem: Die inhaltliche Aufbereitung und die Herstellung in Form von praktischen Themenheften eignen sich hervorragend für den Einsatz im Rahmen von Beratung und Erwachsenenbildung.

Werner Schlummer, Köln

Bezugsquelle:

Mensch zuerst, Buch-Bestellung,
Kölnische Straße 99, 34119 Kassel
www.menschzuerst.de

Bedeutung der UN-Behindertenrechtskonvention

Präsidium der GEB bei Mitgliederversammlung im Amt bestätigt

Das Präsidium der Gesellschaft Erwachsenenbildung und Behinderung e. V. (GEB) wurde auf der letzten Mitgliederversammlung der GEB am 14. Mai 2011 im Amt bestätigt. So stehen auch in den kommenden zwei Jahren folgende Mitglieder dem Verein vor:

Prof. Dr. Karl-Ernst Ackermann, Präsident

Kathrin Krüger, Vizepräsidentin

Christoph Sasse, Schriftführer

Karin Poad, Schatzmeisterin

Die satzungsgemäß alle zwei Jahre stattfindende Mitgliederversammlung wurde im Anschluss an die Berliner Fachtagung „Inklusive Erwachsenenbildung“ in der Humboldt-Universität zu Berlin durchgeführt (siehe gesonderten Bericht). So bot diese Tagung einen besonderen Anlass, die Bedeutung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) auch zum Thema der Mitgliederversammlung zu machen. Karl-Ernst Ackermann stellte diesen Zusammenhang an den Anfang des Geschäftsberichtes, mit dem er die zurückliegenden zwei Jahre Revue passieren ließ.

Ackermann unterstrich, dass sich in den nunmehr 22 Jahren seit Bestehen der GEB im System Behindertenhilfe vieles in positive Richtung verändert habe. „Allerdings besteht nach wie vor im Blick auf die Erwachsenenbildung von Menschen mit (geistigen) Behinderungen Nachhol-

bedarf“, betonte der Präsident der GEB zu Beginn der Mitgliederversammlung. Dies gelte vor allem auch hinsichtlich der Forderung nach einem „inklusiven Bildungssystem“, wie es die UN-Behindertenrechtskonvention in ihrem Artikel 24 fordere.

„Obwohl der Erwachsenenbildung gerade für Menschen mit geistiger Behinderung ein sehr bedeutsamer Stellenwert zukommt, wird sie im System der Behindertenhilfe oftmals nur am Rande wahrgenommen – und dann eher in Form eines geschlossenen Angebotes realisiert, das sich nur an Menschen mit Behinderungen richtet. Im etablierten System der Weiterbildung bzw. innerhalb der allgemeinen Erwachsenenbildung gerät die Aufgabe einer inklusiven Erwachsenenbildung bislang bis auf einige Ausnahmen noch gar nicht in den Blick.“ Ackermann forderte, zukünftig verstärkt die in der UN-BRK ebenso explizit angesprochene Erwachsenenbildung in das Bewusstsein zu holen und den Bezug auf das Recht zum „lebenslangen Lernen“ herzustellen. „Der GEB kommt hier deshalb eine wichtige Funktion zu“, betonte Ackermann: „Nämlich sowohl die Behindertenhilfe wie auch die allgemeine Erwachsenenbildung auf die Notwendigkeit eines Zugangs zu einer Erwachsenenbildung in einem inklusiven Bildungssystem hinzuweisen.“

Werner Schlummer



Mitgliedschaft

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zur Gesellschaft Erwachsenenbildung und Behinderung e.V., Deutschland. Im Beitrag ist das Abonnement der Zeitschrift „Erwachsenenbildung und Behinderung“ enthalten.

Jahresbeiträge:

€ 40,00 für Einzelpersonen, € 90,00 für Institutionen,
€ 24,00 für Studenten, € 11,00 für Menschen mit Behinderungen

Name:

Vorname:

Straße:

PLZ:

Ort:

Tel.:

Beruf:

Unterschrift:

Abo-Bestellung

Hiermit bestelle ich die Zeitschrift „Erwachsenenbildung und Behinderung“ im Abonnement. Preis: € 16,00 (zuzüglich Porto und Versandkosten)

Name:

Vorname:

Straße:

PLZ:

Ort:

Tel.:

Beruf:

Unterschrift:

Bitte einsenden an:

Gesellschaft Erwachsenenbildung
und Behinderung e.V., Deutschland
Postfach 870228 - 13162 Berlin

Mitgliedschaft und Abonnement

sind auch über die Homepage www.geseb.de abwickelbar.

Impressum

Die Zeitschrift Erwachsenenbildung und Behinderung erscheint zweimal jährlich und wird herausgegeben von der Gesellschaft Erwachsenenbildung und Behinderung e.V., Deutschland.

Internet

Homepage: www.geseb.de
E-Mail: kontakt@geseb.de

Präsident

Prof. Dr. Karl-Ernst Ackermann
Postfach 870228, 13162 Berlin
E-Mail: ackermann@geseb.de

Bestellung und Versand Publikationen

Almuth Mix, Postfach 870228, 13162 Berlin
Tel.: 030 - 49 90 70 60
E-Mail: bestellung@geseb.de

Beiträge und Anzeigen

Almuth Mix
Postfach 870228, 13162 Berlin
E-Mail: mix@geseb.de

Schriftleitung

Werner Schlummer, Köln

Verlag

Gesellschaft Erwachsenenbildung und Behinderung e.V., Deutschland, Postfach 870228, 13162 Berlin

Bankverbindung

Pax-Bank Berlin: BLZ 37060193, Konto-Nr. 6000791014

Vorbehalte und Rechte

Die in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt.

Alle dadurch begründeten Rechte bleiben erhalten.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Herausgebers gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des Verfassers dar.

Redaktionsschluss

15. Februar und 15. August und nach Vereinbarung.

Manuskript

Bitte bei der Geschäftsstelle einreichen: mix@geseb.de.
Weitere Informationen siehe „Manuskript-Hinweise“ auf der Homepage www.geseb.de.

Gestaltung und Satz

Klaus Buddeberg, Kommunikation Barrierefrei
Heinrich-Barth-Str. 13, 20146 Hamburg
www.klausbuddeberg.de

Druck

alsterpaper, Wiesendamm 22a, 22305 Hamburg
www.alsterarbeit.de

ISSN 0937-7468



Erscheint demnächst

Band 10 der Schrägen Reihe

Inklusive Erwachsenenbildung

Tagungsband zur gleichnamigen Tagung am 13./14. Mai 2011 in der Humboldt-Universität zu Berlin

ca. 180 Seiten; 9,50 Euro

Bestellungen an:

Gesellschaft Erwachsenenbildung und Behinderung
Postfach 870228
13162 Berlin

oder per eMail:

bestellung@geseb.de

Aus dem Inhalt (Auszug)

Theoretisches und Grundlegendes

Bürde oder Paradigma? Inklusion in der Erwachsenenbildung (*Klaus Meisel*)

Wissen übers Lernen. Eine kritische Bestandsaufnahme der pädagogischen Rezeption neurowissenschaftlicher Erkenntnisse (*Nicole Becker*)

Inklusive Erwachsenenbildung als Menschenrecht (*Christian Lindmeier*)

Situation der Erwachsenenbildung in der Bundeshauptstadt. Kernaussagen aus dem Berliner Gutachten (*Karl-Ernst Ackermann / Werner Schlummer*)

Best-Practice in der Erwachsenenbildung

ERW-IN – Das Berliner „Aktionsbündnis Erwachsenenbildung inklusiv“. Bericht über Arbeitsergebnisse (*Eduard Jan Ditschek / Liane Neubert / Margit Schwabe*)

Lernend Altern – LEA. Technologiegestützte Kurse an der Volkshochschule Kaiserslautern (*Silke Steinbach-Nordmann / Michael Staudt*)

Erwachsenenbildung inklusiv. Ansatz und Ergebnisse eines Projektes an der Volkshochschule (Vhs) Region Kassel (*Matthias Windisch*)

Inklusion der Exkludierten – eine lebenslange Herausforderung (*Gabriel Laszlo*)

Die VHS auf dem Weg zur Erwachsenenbildung für ALLE (*Michael Galle-Bammes*)

Die »Sommerschule« an der Ulmer Volkshochschule (*Lothar Heusohn*)

Didaktische Ansätze und Herausforderungen inklusiver Erwachsenenbildung

Dilemma oder Chance. Die Bedeutung der Leichten Sprache (*Nadine Rüstow*)

Ich bin erwachsen, aber lernen möchte ich trotzdem noch! (*Anne Goldbach*)

WINTERFEST in den Frühling. Ein Computerspiel (*Ursula Menzel*)

Politische Bildung für Menschen mit und ohne Behinderung (*Jörn Dobert*)